

## Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 7. September 2017, 19:00 Uhr, Rathaussaal

---

Vorsitz: Paul Koller, Präsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates: 44  
Mitglieder des Gemeinderates: 7  
Kern Sämi, Geschäftsleiter Schule  
Spiess Stefan, Schulpflege Vizepräsident  
Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber

Entschuldigt  
abwesend: Huser Hansjörg  
Kisa Besir  
Palit Orun  
Schmidmeister Lea  
Steiner Hermann  
Widmer Franziska  
Sigrist Thomas, Schulpflegepräsident

- Traktanden:
- 1 Protokoll der Sitzung vom 22. Juni 2017
  - 2 Sanierung der Sozialen Dienste; Teilprojekt Personal; Erhöhung Stellenprozenze (2017-0693)
  - 3 ICT-Konzept 2018-2022 der Schule Wettingen (2017-0602)
  - 4 Motion Fraktion EVP/Forum 5430 vom 23. Juni 2016 betreffend eine aktive Bodenpolitik der Gemeinde; Überweisung und gleichzeitige Abschreibung (2016-0535)
  - 5 Motion Merkli Michael, FWW, vom 18. Mai 2017 betreffend "Mehr Schule dank Schulpflege"; Rückzug (2017-0589)
  - 6 Postulat Fraktion EVP/Forum 5430 und Michel Roland, CVP, vom 23. Juni 2017 betreffend Prüfung der Einführung von Begegnungszonen in Wohnquartieren; Rückzug (2016-0537)
  - 7 Postulat Reinert Marie Louise, EVP, vom 20. Oktober 2016 betreffend Aufwertung von Strassenbild und Quartier; Rückzug (2016-0806)
  - 8 Postulat Reinert Marie Louise, EVP, vom 16. März 2017 betreffend Plaza da musica – Ein Ort für Musik; Rückzug (2017-0158)
  - 9 Postulat Fraktion SP/WettiGrünen vom 16. März 2017 betreffend Kunststoffsammelstelle in Wettingen; Überweisung (2017-0337)

**Koller Paul, Einwohnerratspräsident:** Ich begrüsse Sie zur 26. Sitzung des Einwohnerrates in dieser Legislatur. Ein besonderer Gruss richtige ich an die Gäste auf der Tribüne. Ebenso begrüsse ich die Vertreter der Medien.

Für unsere Sicherheit ist heute Kpl David Riek anwesend. Vielen Dank, dass Sie für unsere Sicherheit sorgen.

## **0 Mitteilungen**

### **0.1 Rechtskraft**

Die Beschlüsse der Sitzungen vom 18. Mai 2017 und 22. Juni 2017 sind unterdessen in Rechtskraft erwachsen.

### **0.2 Familiäres**

- Schmidmeister Lea und ihr Partner Capaul Mario sind am 28. Juli 2017 Eltern von Tim geworden.
- Benz Andi und seine Frau Daniela sind am 4. August 2017 Eltern von Mael geworden.
- Benz Thomas und seine Frau Antonia sind am 22. August 2017 Eltern von Loris Silvan geworden.

Ich gratuliere den jungen Eltern zum Nachwuchs und wünsche ihnen viele gute Momente im gemeinsamen Leben.

### **0.3 Tischauflagen**

- Sitzordnung
- Budget-Unterlagen 2018
- Broschüre "Kurse Herbst 2017/18" der Volkshochschule Wettingen
- Honig als Dankeschön von Werner Häfliger, Imker und Altgemeinderat, für die Subvention der Gemeinde an seine Bienenvölker

### **0.4 Traktandenliste**

Es werden keine Änderungen zur Traktandenliste gewünscht.

### **0.5 Neueingänge**

**a) Interpellation Lamprecht Kristin, SP, Fischer-Lamprecht Lutz, EVP, Haas Markus, FDP, Schmidmeister Lea, SP, Notter Daniel, SVP, Michel Roland, CVP, vom 7. September 2017 betreffend Schliessung und Wiedereröffnung des Hallenbades Tägi**

Anfang Juli schreckte der Gemeinderat die Wettingerinnen und Wettinger mit der Nachricht auf, dass das Tiefwasserbecken des Hallenbades nach der Revision bis zum Ende der Sanierung des gesamten Tägis geschlossen bleibt. Nun teilt der Gemeinderat mit,

dass das Hallenbad ab dem 26. August 2017 wieder vollumfänglich genutzt werden kann. Dazu stellen sich uns folgende Fragen:

1. War der Beschluss von Anfang Juli übereilt?
2. Welche Abklärungen wurden bis zum Beschluss des Gemeinderates zur Schliessung getroffen?
3. Welche Massnahmen trifft der Gemeinderat, um solch übereilte Massnahmen und Mitteilungen in Zukunft zu verhindern?  
(Zitat aus der Medienmitteilung vom 7. Juli 2017: «In Abwägung aller Umstände ist der Gemeinderat dabei zum Schluss gekommen, dass eine vorübergehende Sicherung oder ein teilweiser Abbruch und Weiterbetrieb im Schwimmbereich nicht in Frage kommen kann.»)

**b) Postulat Wassmer Christian, CVP, und Benz Andreas, CVP, vom 7. September 2017 betreffend Sportler ins rechte Licht gerückt**

Antrag

Der Gemeinderat wird eingeladen, die bestehenden sowie die neu zu erstellenden Mehrfachturnhallen dahingehend zu überprüfen, ob diese den Ansprüchen für eine professionelle Bildproduktion (Fotografie und/oder Video) genügen und diese allenfalls zu verbessern, verbunden mit einer energieeffizienten Umsetzung. Im Weiteren soll aufgezeigt werden, wie sich die Investitionskosten sowie die Betriebskosten zusammensetzen.

Begründung

Wettingen darf stolz auf seine Sportvereine sein. Mehrere Vereine, wie beispielsweise der STV oder Rotweiss, bewegen sich seit Jahren auf höchstem Schweizer Niveau und weisen auch international eine hohe Präsenz mit vielen Erfolgen aus. Diese Tatsache ist beste Werbung für unsere ‚Sportstadt‘ Wettingen und dessen Sportinfrastruktur, welche es zu nutzen gilt.

Durch eine hohe Medienpräsenz wird das bereits bestehende gute Image unserer Sportgemeinde weit über die Gemeindegrenzen hinausgetragen. Um jedoch auch qualitativ gute Bildaufnahmen zu erhalten, bedarf es einer ausreichenden Beleuchtung, welche Aufnahmen bei Abenddämmerung oder auch in der Nacht gewährleisten kann. Diese Qualität ist momentan nicht vorhanden.

Aufgrund der schlechten Ausleuchtung konnten Fotografen bisher keine Bilder an Medien weitergeben oder Direktübertragungen sowie Aufzeichnungen von Videos konnten nicht gemacht werden. Dadurch entfällt die Medienpräsenz einerseits für die Vereine, welche dadurch an Attraktivität für Sponsoren verlieren, sowie für die Gemeinde, welche sich als sportfördernde Gemeinde in der Region festigen könnte.

**c) Motion Burger Alain, SP, und Scherer Leo, WettiGrünen, vom 7. September 2017 betreffend zeitnahe Behandlung von Vorstössen****Antrag**

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat eine Anpassung der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Wettingen bzw. des Geschäftsreglements des Einwohnerrates Wettingen zu unterbreiten, die vorsieht, dass

- a) Motionen und Postulate innert sechs Monaten nach Einreichung zur Behandlung in den Einwohnerrat kommen;
- b) der Gemeinderat zu gutgeheissenen Motionen und Postulaten innert weiterer sechs Monaten dem Einwohnerrat Bericht erstattet;
- c) der Gemeinderat in Fällen, in welchen die Fristen gemäss a) und b) nicht eingehalten werden können, innert Frist dem Einwohnerrat die Gründe darlegt und eine Fristverlängerung beantragt.

**Begründung**

Motionen und Postulate beinhalten Anliegen der Bevölkerung der Gemeinde Wettingen, die durch Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte vertreten werden. Diese sollten zeitnah nach Einreichung im Einwohnerrat behandelt werden. Leider muss aber festgestellt werden, dass die Beantwortung und Beratung von Motionen und Postulaten, die dem Gemeinderat nicht passen, hinausgezögert werden, teilweise über Jahre! Dieser Willkür muss unbedingt durch klare, verbindliche Richtlinien behoben werden. Das Ausmass dieser Verzögerung zeigt sich jeweils im Rechenschaftsbericht. Die Liste der noch pendenten Vorstösse ist lange. Teilweise werden Motionen und Postulate in Wettingen über Jahre stehen gelassen. Bei anderen, wie beispielsweise der Motion zur Einführung von Legislaturzielen vom 15. Oktober 2015, fand bislang noch nicht einmal eine Beratung im Einwohnerrat statt. Ein solcher Umgang mit den politischen Instrumenten der Volksvertreterinnen und Volksvertreter ist einer Demokratie unwürdig.

**0.6 Dringliche Interpellation**

**Koller Paul, Einwohnerratspräsident:** Kristin Lamprecht hat eine dringliche Interpellation eingereicht, welche die Schliessung und Wiedereröffnung des Hallenbads Tägi betrifft. Sie beinhaltet grundsätzlich drei Fragen:

1. War der Beschluss von Anfang Juli 2017 übereilt?
2. Welche Abklärungen wurden bis zum Beschluss des Gemeinderats zur Schliessung getroffen?
3. Welche Massnahmen trifft der Gemeinderat um solche übereilten Massnahmen und Mitteilungen in Zukunft zu verhindern?

**Begründung der Dringlichkeit**

**Lamprecht Kristin:** In meiner Amtszeit wurde mir etliche Mal gesagt, dass ich doch nicht gleich für alles einen Vorstoss einreichen soll: „Versuch es doch erstmal auf dem kleinen Dienstweg mit einem Mail oder einem Anruf.“ Ich hörte dann davon, dass das Tiefwasserbecken und die entsprechende Halle im Tägi bis nach der grossen Sanierung dauerhaft geschlossen bleiben sollen. Anfangs August sah ich, dass im Hallenbereich Bauarbeiten im Gange sind. Also schrieb ich am 10. August 2017 eine E-Mail an Roland Kuster, Gemeindeammann und Antoinette Eckert, Vizeammann, worauf ich nicht viel Echo erhielt. Am 11. August 2017 konnte ich beobachten, dass die Bademeister anfangen, das Becken und die Halle zu reinigen. Ich habe mich sogleich erkundigt, ob nun die Schule

ab Ende August doch wieder schwimmen kann. Die Bademeister wussten aber von nichts. Am 21. August 2017 erschien dann die Bekanntgabe, dass am 26. August 2017 wiedereröffnet wird. Das hat bei mir dazu geführt, ein ungutes Gefühl entstehen zu lassen.

Am 7. Juli 2017 war vollkommen klar und bis ins kleinste Detail abgeklärt, dass es keine Chance auf Wiedereröffnung gibt. Am 11. August 2017 war anscheinend schon irgendetwas gegangen und am 21. August 2017 kann man mitteilen, dass man am 26. August 2017 doch wieder eröffnet.

Ich habe das Gefühl, dass sich die Gemeinde mit dieser Art von Kommunikation über Baufähigkeit oder doch nicht Baufähigkeit ihrer öffentlichen Anlagen keinen Gefallen getan hat. Der Image-Schaden ist doch relativ gross. Es geht mir nicht in erster Linie darum, den Finger in die Wunde zu legen und zu fragen, was habt ihr eigentlich geboten. Es geht mir darum zu klären, wie wir so etwas in Zukunft verhindern können.

Die Dringlichkeit war für mich zum Ausdruck zu bringen, dass ich nicht verstehe, warum es auf anderem Wege keine Antwort gibt. Ich habe aber mittlerweile verstanden, dass das Parlament an den Antworten kein grosses Interesse hat und ziehe deshalb die Dringlichkeit zurück.

## 1 **Protokoll der Sitzung vom 22. Juni 2017**

Das Protokoll wird genehmigt und der Verfasserin verdankt.

## 2 **Sanierung der Sozialen Dienste; Teilprojekt Personal; Erhöhung Stellenprozente (2017-0693)**

**Chapuis François, Vertreter Finanzkommission:** Die Fiko hat diese Vorlage intensiv geprüft. Ich gliedere meine Ausführungen wie folgt:

1. Ausgangslage und Problemstellung
2. Lösungsansatz und Stellenbemessung
3. Wirtschaftlichkeit und mögliche Einsparungen
4. Kurzwürdigung und Anträge der FIKO

1. Ausgangslage und Problemstellung

Die Sozialen Dienste kämpfen seit mehreren Jahren mit gravierenden Problemen. Sie wirken sich negativ auf die Korrektheit und Vollständigkeit der Auftrags erledigung aus. Hier nur drei Beispiele:

- Die Unterstützung zum Ausstieg aus der Sozialhilfe und die Aufgabenerledigung des Kindes- und Erwachsenenschutzdienstes konnte nicht im erforderlichen Umfang geleistet werden. Das hat sogar zu einer Rüge der gerichtlichen Behörde beim Gemeinderat geführt.
- Nicht alle Rechtsansprüche gegenüber Dritten konnten geltend gemacht und nicht alle Rückerstattungen der Sozialhilfeempfänger eingefordert werden. Dies hat zu Mehrkosten zu Lasten der Gemeinde Wettingen geführt.
- Die überaus hohe Personalfuktuation hat die Fallbearbeitung erschwert und eine effiziente Leistungserbringung beeinträchtigt. Seit 2012 haben 32 Personen die Sozialen Dienste verlassen. 30 Mitarbeitende aus der Fallbearbeitung und 2 Personen aus der Administration.

Der Bericht "Analyse Optimierungspotenzial der Organisations- und Führungsstruktur" der Firma Social Design AG vom 23. September 2016 führt mit 42 empfohlenen Massnahmen die vorhandenen Mängel schonungslos auf. Es ist lobenswert zu erwähnen, dass der bisher "vertrauliche" Bericht jetzt offiziell in der ordentlichen Aktenauflage zur Einwohnerratssitzung einsehbar ist. Darf ich hier gleich eine kleinen Umfrage starten, wer diesen Bericht in der Aktenauflage eingesehen hat und euch gleichzeitig bitten, ihn euch anzusehen und zu analysieren. Er ist wirklich gut!

In diesem Zusammenhang möchte ich euch die Aussagen unseres Fiko-Präsidenten anlässlich der Budgetberatung 2017 im Herbst 2016 in Erinnerung rufen:

- Die Lage in den Sozialen Diensten ist dramatisch.
- Die damals Verantwortlichen haben viel zu lange weggeschaut.
- Ja, diese Probleme existieren seit mehreren Jahren.
- Die Fiko hat seit mehreren Jahren auf den Handlungsbedarf hingewiesen.

Die Fiko begrüsst deshalb ganz speziell, dass sich der Gemeinderat als Gesamtgremium den Herausforderungen der Sozialen Dienste angenommen hat und jetzt als Gesamtgemeinderat dem Einwohnerrat eine Vorlage unterbreitet.

Die Fiko bedauert aber, dass die Vorlage nur das "Teilprojekt Personal" aufzeigt und nicht die geforderte "Gesamtschau" über alle Prozesse, die Vision, die Strategie oder eben auch die Finanzen. Das Controlling wird in einem separaten Bereich behandelt. In diesem Sinne hat es der Gemeinderat verpasst, das Gesamte ausgewogen darzustellen. Die Reduktion auf das Personal ist aus unserer Sicht bedauernswert und lässt die Zustimmung dieser Vorlage etwas schwierig erscheinen. Ja, es hinterlässt sogar einen schalen Beigeschmack.

Es gibt eine zusätzliche Dimension, die die Entwicklung der Fallzahlen, aber auch den KESD beeinflusst. Wenn Sie die Grafik auf Seite 6 ansehen, sind in der Sozialhilfe drei Jahre dargestellt. Im Bereich Sozialhilfe hat sich im Jahr 2015 eine Steigerung um 10 % von rund 360 auf rund 400 Fällen ergeben. Im Jahr 2016 sind die Fallzahlen auf einem bisherigen Spitzenniveau von durchschnittlich 408 Fällen stagniert. Im laufenden Jahr sind wir bereits wieder rund 5 %, auf rund 380 Fälle, gesunken. Das Spitzenjahr hatte mit der Gesetzesänderung zu tun und ist damit erklärbar.

Im Bereich KESD sind die Fallzahlen von Frühling bis Herbst 2016 um 7.4 % von 257 auf 276 Fälle gestiegen. Auf Grund der Rüge der gerichtlichen Behörden beim Gemeinderat, hat dieser entschieden, die Fallzahl auf 80 zu begrenzen. Alle zusätzlichen Fälle wurden extern ausgelagert.

Aktuell werden 26 Mandate extern betreut, was ca. 33 Stellenprozenten entspricht. Diese 33 Stellenprozent haben im Jahr 2017 Kosten von Fr. 132'550.00 generiert. Jetzt mache ich ein kleines Zahlenspiel. Rechnet man das auf ein ganzes Jahr und auf eine ganze Stelle hoch, würde die Bearbeitung von 80 Fällen ein Honorar von Fr. 816'000.00 ergeben. Berücksichtigen wir dabei noch die erforderlichen Aufwendungen von Buchhaltung und Administration mit jeweils 0,5 Stellenprozent, ergibt sich ein fürstliches "Jahreshonorar" von sage und schreibe Fr. 430'000.00 pro externer Mitarbeitender.

Selbst wenn wir weitere Arbeitsplatzkosten des externen Beauftragten berücksichtigen, erachte ich solch ein Kostenniveau als ausserordentlich hoch. Ja, ich erlaube mir hier das Wort "Wucher" in den Mund zu nehmen. Der Fiko lagen diese Details in den letzten Jahren nicht vor. Schon damals - vor zwei, drei Jahren – haben wir uns erkundigt, wie diese externen Beauftragungen zustande kommen.

Es gibt noch einen weiteren Teil. Ihr alle wisst, wo ich arbeite. Der Kanton hat ein Dekret, welches Submissionsdekret heisst und dieses gilt auch für Gemeinden. Zähle ich zusammen, was hier extern beauftragt wurde und vergleiche es mit dem Submissionsdekret, das sagt „das Auftragsvolumen der vier Jahre, die zu erwarten sind“, haben wir die Schwellenwerte für eine Ausschreibung bei Weitem überschritten. Wir haben bei Weitem kein wirtschaftlich günstiges Angebot oder ein Angebot mit dem besten Kosten-Nutzenverhältnis beschafft. Die Vergabepraxis in diesem Fall, in dem das Submissionsdekret klar definiert ist, wurde missachtet. Ich rufe dazu auf, dass sich der Gemeinderat diesem Thema dringendst annimmt und die Vergabepraxis in diesem Bereich detailliert analysiert und mit dieser Firma nachverhandelt. Es ist ein einfaches Auftragsverhältnis. Mehr muss ich dazu nicht sagen.

## 2. Lösungsansatz und Stellenbemessung

Jetzt kommen wir langsam ins Innere. Die Fiko teilt die Auffassung des Gemeinderats, dass im Bereich des Personals ein starkes Zeichen gesetzt werden muss. Es ist einer der wichtigsten Punkte, der in den letzten Jahren zu diesen Schwierigkeiten führte. Ohne ausreichende personelle Ressourcen kann auch in einem privaten Unternehmen kein "turn around" herbeigeführt werden. Eine Firma, die an sich glaubt, investiert in das Personal. Wer nicht an sich glaubt, macht Konkurs. Wir können keinen Konkurs machen und glauben an unsere Leute. Bedauerlicherweise sind die Erwartungen der anderen Teilprojekte nicht in den Lösungsansatz des Gemeinderats eingeflossen. Ich hoffe schwer, dass der Gemeinderat meine Auffassung teilt, dass durch eine Strategie, eine Prozessoptimierung sowie durch die Finanz- und Umfeldanalyse zusätzliche, effizienzsteigernde Massnahmen möglich sind. All diese Punkte wurden in dieser Stellenbemessung nicht berücksichtigt. Der Gemeinderat hat also quasi eine Maximalzahl als Grundlage für die Stellenbemessung verwendet.

Konkret: Obwohl die Fallzahlen 2017 im Bereich Sozialhilfe wieder am Sinken sind und der Peak 2016 erklärbar ist, bemisst der Gemeinderat den Stellenbedarf am Spitzenjahr 2016. Oder: Im Bereich KESD hat sich in den vergangenen Jahren eine Steigerung der Fallzahlen von rund 5 % eingestellt. Der Gemeinderat selber geht bis Ende 2017 ebenfalls von 5 % aus. Warum sich jetzt aber in den Folgejahren 2018 und 2019 eine Verdoppelung der jährlichen Steigerungsrate auf 10 % pro Jahr einstellen soll, kann der Gemeinderat nicht plausibel erklären. Wieso? Es gibt keine statistischen und auch vom DGS in Aarau keine Gründe, die sagen, genau in zwei Jahren wird dann die Steigerungsrate verdoppelt. Es wurde weder behandelt noch erklärt.

Fasst man all diese Themen zusammen, kommt man eben genau auf diese 100 % tiefere Stellenbemessung, welche die Fiko beantragt. Darauf komme ich später wieder zurück.

## 3. Wirtschaftlichkeit und mögliche Einsparungen

Ich möchte an dieser Stelle auf den Traktandenbericht auf Seite 17 verweisen. Die Fiko teilt die Auffassung des Gemeinderats, dass sich bei der Frage, wer die Arbeit überhaupt macht, beim Thema "make or buy" eindeutig ein "make" herauskristallisiert. Ich bin davon überzeugt, dass die Mitarbeitenden der Gemeinde Wettingen, auch wenn sie einen tieferen Lohn als Fr. 430'000.00 pro Jahr erhalten, die qualitativ bessere und kundennähere Leistung erbringen als ein Externer. Der "Service Public" ist unsere Aufgabe und ich habe das Gefühl, dass hier der Franken offensichtlich nicht zu denen fliesst, die ihn benötigen.

Als Nebenschauplätze möchte ich noch kurz auf die Einschätzung der Fiko bezüglich der Raum- und Arbeitsplatzbeschaffung eingehen. Gemäss Auskunft der Verwaltung können Mobiliarbestände der Zivilschutzorganisation und weitere Restbestände miteingebracht

werden. Aufgrund dieser Informationen haben wir uns entschieden, einen Kürzungsantrag zu unterbreiten.

Ein weiterer Nebenschauplatz ist der letzte Fiko-Antrag zum Thema Nachtragskredit für Dienstleistungen Dritter. Da bereits jetzt absehbar ist, dass die im Jahr 2017 budgetierten Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter im Bereich Soziale Dienste überschritten werden, ist die Fiko der Auffassung, dass der Gemeinderat einen solchen Antrag quasi von Amtes wegen formal korrekt hätte vorbringen müssen. Das hat er unterlassen. Die Fiko möchte diese Situation deshalb mit ihrem eigenen Antrag formalrechtlich bereinigen.

#### 4. Kurzwürdigung und Anträge der Fiko

Ich komme zum Schluss. Für die Fiko ist es unbestritten, dass im Sozialen Dienst umfangreicher Handlungsbedarf besteht, welcher sich insbesondere im Bereich der Personalressourcen manifestiert. Vereinfacht gesagt, hängt die Stellenbemessung im Wesentlichen von folgenden Faktoren ab:

- *Ratio der Standardauslegung.* Allgemein anerkannt scheinen 80 Fälle pro Beistand, wobei noch zusätzliche administrative und buchhalterische Leistungen addiert werden müssten.
- *Einschätzung der Entwicklung.* Die Annahme der Fallzahlentwicklung hängt von diversen gesellschaftlichen Faktoren ab: Demografie, Wanderung, Schichtung, Gesetzesveränderungen, und Vieles mehr.

Die Fiko hat den Eindruck erhalten, dass der Gemeinderat bei seinem Antrag von einem zu pessimistischen Szenario der Fallzahlenentwicklungen ausgegangen ist. Deshalb werden wir andere Anträge stellen; 395 Stellenprozente ordentlich beantragen und 100 befristet, als Beitrag für einen "turn around", die Pendenzenabarbeitung und eine Projektinitialisierung.

Eine Stellenbewilligung "auf Vorrat", wie vom Gemeinderat im Antrag 2 unterbreitet, lehnt die Fiko grundsätzlich ab. Wir wissen ja nicht, welche Fallzahlentwicklung wir annehmen müssen – die Fiko ging zum Beispiel von andere Grundlagen aus als der Gemeinderat, was rechtens ist. Deshalb: Jetzt schon etwas für die Zukunft zu bewilligen, ohne alle Dimensionen berücksichtigt zu haben, ging uns doch zu weit. Stattdessen erachtet die Fiko die Überprüfung der Wirkung dieser Massnahmen als zielführender.

Die Fiko fordert den Gemeinderat auf, die Entwicklungen im Bereich Soziales enger zu begleiten und zeitnaher zu beurteilen.

Ich erlaube mir noch eine Schlussbemerkung: Bei den Sozialen Dienste müssen wir jetzt wirklich entschlossen handeln. Ich bitte Sie aber zu bedenken, dass wir jetzt von Stellenanträgen sprechen, die wiederkehrende Aufwände bedeuten. Wiederkehrend heisst jährlich wiederkehrend und nicht einmalig. Sie alle wissen, wie schwierig wiederkehrende Aufwendungen bzw. besetzte Stellen wieder abzubauen sind. In Anbetracht unserer finanziellen Situation bitte ich Sie nach wie vor um grösste Zurückhaltung, wenn es um solche Stellen geht. Die Türe ist nicht zu. Der Auftrag lautet: Kommt wieder, wenn es sich so einstellt, wie ihr es geplant habt aber nicht auf Vorrat.

**Scherer Roger:** Wohl keiner der hier Anwesenden bezweifelt, dass in den Sozialen Diensten dringender Handlungsbedarf besteht. Jedoch stellt sich schon auch die Frage, ob eine solch enorme Stellenprozentenerhöhung zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll ist. Die Stellenprozentenerhöhung wird unter anderem mit der Begründung gerechtfertigt, dass die langjährige Praxis anderer Gemeinden sowie wissenschaftliche Studien 80 Fälle pro Vollzeitpensum zu Grunde legen. Gemäss SKOS sowie dem Kantonalen Sozialdienst

Aargau gibt es jedoch keine Richtzahl. Als Referenz werden Zahlen der Kantone Bern und Zürich empfohlen, wobei sich der Kanton Zürich stark an den Kanton Bern anlehnt. Der Kanton Bern definiert eine Fallzahl von 80 bis 100 Fälle pro Mitarbeitenden. Der Aufwand für die besagten Fälle ist unterschiedlich und hängt stark von der Art der Erfassung, Betreuung etc. ab und muss von der Führung des Sozialen Dienstes definiert werden. Genau hier liegt aber das Problem unseres Sozialdienstes. Durch die heutige Führung und Organisation fehlen eben diese Strukturen und der Aufbau einer effizienten Bearbeitung dieser Fälle. Das führt bei den Mitarbeitenden zu Frustration, Demotivation und schlussendlich zur Kündigung, was sich in der hohen Fluktuation widerspiegelt. Deshalb hätten wir uns vom Gemeinderat gewünscht, dass er zuerst das Führungsproblem wahrnimmt und Lösungen erarbeitet und dann allenfalls mit einer Stellenprozentenerhöhung an den Einwohnerrat tritt. Tatsache ist nun aber, dass die Arbeit nicht bewältigt werden kann und viele Mandate zu hohen Preisen auswärts vergeben werden müssen. Auch können Rückforderungen nicht gestellt werden, was wiederum einen finanziellen Ausfall zur Folge hat.

Aus diesem Grund ist auch die SVP der Meinung, dass die zusätzlichen Stellen gerechtfertigt sind und folgt den Fiko-Anträgen, dass diese Stellen um 395 % erhöht werden sollen. Jedoch können wir die zusätzlichen 100 % erst genehmigen, wenn sie auch wirklich benötigt werden und nicht bereits im Voraus. Weitere zusätzliche Stellen sollen zum heutigen Zeitpunkt noch nicht bewilligt werden. Zuerst soll das Problem der Führung und Organisation der Sozialen Dienste bewältigt werden. Wir erwarten vom Gemeinderat organisatorische und personelle Massnahmen sowie eine konkrete Zielsetzung. Dann soll in einem halben Jahr aufgezeigt werden, was einerseits die zusätzlichen Stellen bewirkt haben und andererseits, ob ein entsprechender Schritt in der Führungsebene zu einem strukturierten und effizienten Ablauf der Arbeit geführt hat. Das soll dem Einwohnerrat in Form eines Berichtes unterbreitet werden. Dann können wir über eine allfällige Stellen-erhöhung diskutieren und sie, wenn nötig, bewilligen.

Deshalb stellt die SVP den Antrag, die zusätzlichen 100 % zu streichen.

**Scheier Ruth Jo.:** Die Fraktion GLP hat die Botschaft des Gemeinderats mit grosser Freude zur Kenntnis genommen. Wir sehen auch sehr grossen Handlungsbedarf in den Sozialen Diensten. Weiter ausholen muss ich hier nicht. Deshalb fasse ich mich kurz und nehme zu den Anträgen Stellung.

Insgesamt folgen wir der Fiko. Insbesondere die Befristung der 100 % Stelle bis 2019 finden wir sinnvoll. Bis dahin wird man sicher feststellen, welchen Effekt die Stelle hat und ob es sie weiterhin braucht.

Den Antrag um Kürzung der Mobiliarausgaben können wir jedoch nicht unterstützen. In unseren Augen ist die Einsparung dieser Fr. 12'500.00 das Geld nicht wert. Gerade wenn man ein Fluktuationsproblem hat, ist die Arbeitsplatzatmosphäre sehr wichtig. Wenn die Mitarbeiter wissen, dass sie wegen der Einsparung von Fr. 12'500.00 einen alten Schreibtisch benutzen müssen, demotiviert sie das noch viel mehr und macht langfristig frankenmässig viel mehr aus. Kann man damit nur einen Abgang verhindern, hat es sich schon gelohnt.

**Oberholzer Christian:** Die Fraktion SP/WettiGrünen ist erfreut, dass dieser Bericht nun vorliegt. Er hält fest, in welchen Punkten bei den Sozialen Diensten Handlungsbedarf angezeigt ist. Der Bericht ist durch unsere ehemalige Gemeinderätin Yvonne Feri in Auftrag gegeben worden. Wir nehmen zur Kenntnis, dass 31 der 32 Massnahmen in Bearbeitung und teilweise bereits umgesetzt sind. Der Bericht zeigt auf, dass verschiedene Problemfelder auf die länger andauernde Personalknappheit zurückzuführen sind. Es erstaunt uns, dass es diesen Bericht braucht, um das glaubhaft aufzuzeigen und damit

gehandelt wird. Die chronische, personelle Unterbesetzung ist nicht erst seit diesem Bericht bekannt. Das hat zur Folge, dass die Mitarbeitenden ständig überlastet sind, Frustration entsteht und das Betriebsklima leidet. Die Konsequenz daraus sind weitere Kündigungen. Jetzt gilt es, diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Sozialbezügerinnen und Sozialbezüger sind ein Teil unserer Gesellschaft und verdienen es, auch so behandelt zu werden. Uns ist bewusst, dass das und damit die Notwendigkeit, die entsprechenden Mittel in diesem Bereich in Form von Personalressourcen zur Verfügung stellen zu müssen, für einige politische Kreise schwierig zu akzeptieren ist.

Wir sind überrascht, dass sogar das Bezirksgericht Baden beim Gemeinderat intervenieren musste. Das gibt uns zu denken und ist sicherlich nichts, worauf wir stolz sein können. Nun sind wir aber erfreut, dass sich der Gemeinderat zum einzig richtigen Befreiungsschlag durchgerungen hat und heute beim Einwohnerrat ab 1. Oktober 2017 4,95 zusätzliche Stellen beantragt. Wir wollen von einer Fallverwaltung wieder zurück auf eine Fallführung. Auch wir wollen die externen Mandate zurückholen, um diesen Kostenblock zu senken. Wir möchten durch den Aufbau auch sicherstellen, dass Rechtsansprüche gegenüber Dritter und Rückerstattung von bezogener Sozialhilfe durchgesetzt werden können und die Gemeinde damit finanziell entlastet wird.

Die Prioritätensetzung der Fiko erstaunt uns. Dass jetzt schon wieder Wert darauf gelegt wird, 100 % nur befristet zu bewilligen. Das vor dem Hintergrund, dass der Gemeinderat ja eher auf eine Erhöhung von 0,3 Stellen ab dem Jahr 2019 hinweist. Aber die Fiko habe scheinbar früher schon immer darauf hingewiesen, dass wir in den Sozialen Diensten ein personelles Problem haben. Aus unserem Blickwinkel ist die Frage nicht sehr brennend, da sie ja sowieso von Jahr zu Jahr als Bestandteil des Budgets immer wieder neu genehmigt werden muss. Ich glaube dieser Grund erlaubt es uns, auf die veränderten Rahmenbedingungen zu reagieren. Wir möchten jetzt zuerst Stabilität und nicht schon wieder über Stellenstreichungen sprechen.

Uns beunruhigt im Bericht noch etwas ganz Anderes. Im Bericht ist von einer fehlenden Wertschätzung und einem unfreundlichen Umgang der Verwaltung gegenüber den Mitarbeitenden der Sozialen Dienste die Rede. Auch der Einwohnerrat wird in diesem Zusammenhang genannt. Wir fordern den Gemeinderat auf, den Mitarbeitenden das notwendige Vertrauen auszusprechen und die fehlende Wertschätzung innerhalb der Verwaltung gegenüber den Sozialen Diensten aktiv zu fördern. Wir möchten zufriedene und motivierte Mitarbeitende, die sich mit voller Energie und ihrem Fach-Knowhow für die Arbeit mit ihren Klienten und damit auch für das Wohle unserer Gemeinde einsetzen.

Aus diesem Grund unterstützt die Fraktion SP/WettiGrünen den Antrag des Gemeinderats in vollem Umfang und lehnt die Anträge der Fiko ab. Wir sind überzeugt, dass der Gemeinderat die anstehenden Aufgaben professionell angehen und umsetzen wird.

**Pauli Christian:** Die Fraktion FDP unterstützt die vier Anträge des Gemeinderats voll und ganz. Seit langer Zeit ist bekannt, dass in den Sozialen Diensten in Wettingen nicht alles rund läuft. Aufgrund der Studie der Firma Social Design AG gibt es 42 Massnahmen, die geprüft werden können. Fünf davon beziehen sich auf die Erhöhung der Stellenprozente. Mit den Teilprojekten Prozess, Finanzen, Marktumfeld und Personal sollen die Sozialen Dienste im Zuge von LOVA 2 saniert werden. Der vorliegende Antrag betrifft das Teilprojekt Personal.

Wenn Fälle aufgrund der hohen Fallzahlen pro Person nicht geführt, sondern nur verwaltet werden können und die Fluktuation aufgrund der grossen Belastung hoch ist, verursacht das hohe Kosten für die Gemeinde. Die Aufstockung der Stellenprozente ist eigentlich ein Sparantrag. Wenn die relativ hohen Kosten pro Fall gesenkt werden können und keine Fälle für teures Geld ausgelagert werden müssen, können die Lohnkosten

mehr als eingespart werden. Die Zufriedenheit am Arbeitsplatz steigt, die Fluktuation sinkt – nach dem Motto: Best place to work. Jeder Wechsel kostet Geld und Knowhow-Verlust.

Es wurde transparent aufgezeigt, wie viele Stellen nötig sind, um einen geregelten Ablauf der geforderten Aufgaben zu garantieren. Es ist höchste Zeit, dass wir den Sozialen Diensten die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellen und somit Wertschätzung schenken. Und es ist höchste Zeit, dass wir zu sparen beginnen.

Die Fraktion FDP unterstützt alle vier Anträge des Gemeinderats, auch den letzten Zusatzantrag für diese Fr. 180'000.00.

**Sozzi Sandro:** Auch die Fraktion CVP ist gewillt, diese Sanierung zu unterstützen und die Sozialen Dienste aus dem Sumpf zu ziehen. Wir alle wissen: Wenn etwas im Sumpf steckt, braucht es mehr Kraft, um es wieder herauszuziehen. Wir sind aber auch überzeugt, dass allein mit dieser Stellenaufstockung die Sozialen Dienste nicht wieder ins Lot kommen. Wir haben festgestellt, dass man einen Prozess überarbeiten, die Führung stärken und klare Vorgaben festlegen muss. Zusätzlich ist uns aufgefallen, dass in den Sozialen Diensten sehr tiefe Teilzeitstellen verbreitet sind. Hier sind wir der Meinung, dass man diese möglichst minimieren sollte. Zu den einzelnen Anträgen:

Wir folgen dem Gemeinderat grossmehrheitlich bei der Stellenaufstockung von 495 %. Beim zweiten Antrag, in dem es um diese 0,73 % Aufstockung geht, folgen wir der Fiko, da wir der Meinung sind, dass es keinen Sinn macht, das jetzt schon aufzustocken. Das kann man gut in einem Jahr nachholen. Selbstverständlich sind diese Lohnkosten im Voranschlag zu berücksichtigen.

Ein Punkt ist uns noch nicht ganz klar. Beim Mobiliar haben wir zwei widersprüchliche Aussagen gehört. Eine von der Fiko und eine vom Gemeinderat. Wir sind gespannt, was der Gemeinderat nun dazu sagt. Gibt es jetzt diese Möbel schon oder doch nicht? Falls sie bereits vorhanden sind, müssen wir ja keine Neuen anschaffen.

Und zum Schluss noch der Zusatzantrag mit den Fr. 180'000.00: Bei dieser formalen Korrektur werden wir der Fiko folgen.

**Läng Hanna:** Die Fraktion EVP/Forum 5430 ist froh, dass dieser ausführliche und sachliche Bericht nun endlich vorliegt. Es ist aber doch bedenklich, dass so lange keine Stellenanpassungen vorgenommen werden konnten, obwohl die Notlage der Sozialen Dienste schon längst offensichtlich war. Meine Wahrnehmung ist eine Andere, als ich hier von bürgerlicher Seite gehört habe. Wir hier auf unserer Seite haben schon lange mit dem Finger darauf gezeigt und wollten Stellen bewilligen. Jedoch erhielten wir von der anderen Seite kein Gehör. Es braucht zuerst einen so ausführlichen und sicherlich auch teuren Bericht, der zum Umdenken verhilft. Wir sind der Ansicht, dass es wahrscheinlich einfacher und billiger gewesen wäre, wenn man es früher angepackt hätte. Und wir hoffen, dass die nächste Überprüfung wieder aus eigenen Ressourcen getätigt werden kann und dass man ihr dann auch glaubt, egal aus welcher Küche bzw. von welchem Gemeinderat sie stammt.

Zum Bericht: Er zeigt einerseits auf, welche Aufgaben die Sozialen Dienste leisten müssen. Andererseits macht er deutlich, wie schwierig es für alle Mitarbeitenden war, den Auftrag zu erfüllen. Der Abgang dieser vielen Mitarbeitenden spricht eine deutliche Sprache. Nicht über die Menschen, die gegangen sind, sondern über die unbefriedigende und überfordernde Arbeitssituation in den vergangenen Monaten. Wir danken allen, die durchgehalten und unter diesen Umständen ihr Bestes gegeben haben. Es ist deshalb

wichtig, dass die Sozialen Dienste jetzt mit genügend Leuten ein gutes und tragfähiges Team aufbauen können – ohne den Gedanken im Nacken, dass wieder Stellen gestrichen werden könnten. Der Aufbau eines guten, erfahrenen Teams braucht seine Zeit und eine Planungssicherheit, wie sie der Gemeinderat vorschlägt. Zudem ist es uns eben auch wichtig, dass die Mitarbeitenden wieder die erforderlichen Bedingungen erhalten, um sorgfältig und professionell arbeiten zu können. Alle Bewohner von Wettingen, die aus irgendeinem Grund auf eine Dienstleistung der Sozialen Dienste angewiesen sind, sollen von Menschen begleitet werden, die sie nicht einfach nur so knapp wie möglich verwalten, sondern ihnen helfen, ihre Lebensumstände zu verbessern. Das kommt uns Allen zu Gute.

Wir sind auch froh, dass die räumlichen Verhältnisse angepasst werden. Auch diese waren für Mitarbeitende und Klienten äusserst grenzwertig. Aus Sicht der Fiko ist der Betrag für das Mobiliar zu hoch berechnet, da anscheinend noch Möbel vorhanden sind. Es ist ja nicht das erste Mal, dass wir vor dieser Situation stehen: Hat der Gemeinderat nicht im Voraus abgeklärt oder sind diese Möbel nicht geeignet? Solche Botschaften machen es uns Einwohnerräten schwer, eine Meinung zu bilden. Gibt es im Rathaus kein Inventar, das aufzeigt, was an Lager ist? So könnte man es ganz einfach planen. Da diese Vorlage von einem Gemeinderat verantwortet wird, der sich in der Vergangenheit damit stark gemacht hat, dass er nicht zu viel Polster in Vorlagen einbauen will, schenke ich ihm jetzt das Vertrauen und hoffe, dass er das bei dieser Vorlage eben nicht getan hat.

Die Fraktion EVP/Forum 5430 wird den Gemeinderat in allen Punkten unterstützen. Beim Mobiliar warten wir auf eine Antwort.

**Merkli Michael:** Ich bin sprachlos. Sprachlos, dass man so lange warten konnte. Sprachlos, dass man eine solch teure Expertise benötigt hat, um etwas Offensichtliches anzugehen. So viele Institutionen haben sich in den letzten vier Jahren mit diesem Thema befasst – GPK, Fiko, Revisionsstelle – und keiner schlug richtig Alarm.

Datenschutz wurde noch nicht genannt. Als ich die ganze Vorlage durchlas und sah, wie diese Mitarbeiter Dossiers umherführen müssen, fragte ich mich, ob man den Datenschutz wirklich zu 100 % im Griff hatte. Sind die kundensensitiven Daten wirklich nicht irgendwie verloren gegangen oder konnten von irgendwelchen unbefugten Dritten Krankheitsgeschichten oder Suchtprobleme eingesehen werden? Wenn man sieht, wie wichtig es in der Finanzbranche ist, Kundendaten zu schützen, würde ich behaupten, wenn die Finma in die Sozialen Dienste Wettingen einmarschiert wäre, wäre das relativ teuer gekommen, da sie sofort eine Busse verhängt hätten.

Die Freien Wähler und die BDP stehen in der gesamten Vorlage hinter dem Gemeinderat.

Zum Thema Fiko kommt mir „und täglich grüsst das Murmeltier“ in den Sinn. Schon wieder haben wir irgendwelche Anträge, die gestellt werden. Nur schon die Vorstellung, jetzt eine 100 % Stelle auf zwei Jahre zu befristen, ist für mich widersinnig. Welche kompetente Fachperson kommt für nur zwei Jahre? Und wenn man diese Stelle dann nicht rechtzeitig verlängert, hat diese Person wahrscheinlich irgendwo anders eine Anstellung gefunden und ist wieder weg. In den Fr. 12'500.00 für das Mobiliars sind, wenn ich mich richtig erinnere, auch noch PCs bzw. IT enthalten. Die Sozialen Dienste mussten lange um den Arbeitsplatz kämpfen, damit sie ihre Arbeit verrichten konnten. Deshalb glaube ich, dass wir in dieser Situation Fr. 12'500.00 sicherlich verkraften können.

**Wassmer Christian, Präsident Finanzkommission:** Meine Aussage im Rahmen der LOVA-Prüfung, der Social Design-Bericht wurde ja anstelle der LOVA erstellt, hat einige

Wellen geworfen. Ich bin etwas enttäuscht, wie wenige von der Aktenaufgabe gebrauch machten und sich diesen Bericht wirklich zu Gemüte geführt haben. Es braucht etwas Zeit, es ist ein umfassender Bericht. Ich möchte aber wirklich allen empfehlen, diesen Bericht zu lesen! Es geht nicht nur um Stellen, es gibt auch anderen Handlungsbedarf. Heute geht es aber ausschliesslich um Stellen.

Ich möchte hier erläutern, weshalb ich absolut überzeugt bin, dass es richtig ist, eine Stelle zu befristen. Wir haben die Fallzahlen. Wir hörten vorher von Roger Scherer, der beim SKOS und beim Kanton abgeklärt hat, dass es offenbar keine wirkliche Richtlinie gibt. Früher hiess es immer 100 Fälle, jetzt sind es 80 Fälle pro Person. Ich weiss nicht, was richtig ist. Ich weiss aber, dass man offenbar ganz unterschiedlich zählt. Patrick Neuenschwander vom Gericht zählt die Fälle anders, indem er sie gewichtet. Zum Beispiel eine Steuererklärung für eine 80-jährige Frau, die man nur einmal im Jahr zu tätigen hat, schenkt weniger ein, als wenn man eine fünfköpfige Familie betreuen muss. Das schafft bei mir Vertrauen. Ich sehe in dieser Vorlage nicht, wie man diese Fälle überhaupt gerechnet hat. Ich sehe einfach, es gibt eine Anzahl Fälle und, wie ich festgestellt habe, sind da offenbar auch noch Fälle, die ausgeschlossen sind – dazu komme ich aber noch.

Es wurde vorher erwähnt, dass das Problem schon lange bekannt sei und die Bürgerlichen immer abgelehnt hätten. Ich bin sehr erstaunt. Ich bin jetzt seit zehn Jahren im Einwohnerrat, acht Jahre in der Fiko und habe dieses Ressort vier Jahre lang geprüft. Wir hatten in diesem Zeitraum einen Antrag – 2016 – zur Erhöhung von 1,5 Stellen, weil das KESD dazukam. Den hat der Rat bewilligt, wollte dafür jedoch anderswo in der Verwaltung eine Kompensation sehen. Dieser in diesem Zeitraum einzige Antrag von Yvonne Feri wurde bewilligt. Mir ist nicht bekannt, dass jemals weitere Anträge gestellt wurden. Auch in dieser Zeit war die Fluktuation stets hoch, aber auf Nachfrage hiess es immer, jeder Fall sei individuell. Einer wolle nicht mehr den langen Arbeitsweg auf sich nehmen, ein Anderer nahm die Chance eines Aufstiegs in einer anderen Gemeinde wahr, bei einem Weiteren war es der Lohn – es gab kein klares Bild. Seit vier Jahren bin ich in der Personalkommission und meine Standardfrage ist jedes Jahr: Gibt es irgendwo strukturellen Bedarf? Haben wir irgendwo ein Problem? Müssen wir handeln? Jedes Mal hiess es: Nein. Jetzt weiss man offenbar besser, was das Problem war und das erstaunt mich sehr. Es ist aber nicht von der Hand zu weisen, dass wir ein massives Problem haben, was die Fluktuation aufzeigt. Ich glaube aber, dass es sich vor allem um ein Führungs- und Betriebsklimaproblem handelt, das dringend angegangen werden muss. Deshalb ist es für mich extrem wichtig, dass wir die Führung, Organisation und Prozesse angehen und hoffentlich mit einer besseren Organisation auch wieder Stellenprozente einsparen können.

Im Bericht der Social Design AG ging es um 2,75 % Aufstockung. Jetzt sind wir bei 4,95 %. Niemand von uns weiss genau, was jetzt Sache ist, da die Basis nicht gegeben ist. Wir haben jetzt, und die Fiko schon etwas früher, das Budget 2018 erhalten. Im Stellenplan sieht man, dass wir heute 1'920 Stellenprozente in den Sozialen Diensten haben. Ich wollte nachvollziehen, wie diese Stellenprozente zustande kommen, was die einzelnen Leute machen und wie es sich mit diesen Stellen verhält, die wir jetzt im Bericht für Sozialhilfe, KESD, Administration und Buchhaltung ausgewiesen haben. Da stiess ich darauf, dass noch zusätzlich 60 % für Rückerstattungen und Verwandtenunterstützung nicht berücksichtigt wurden. In diesem Sinne ist ein Fall eigentlich gar nie abgeschlossen. Man hält ihn pendent und wenn irgendwo etwas zu holen ist, macht man das hoffentlich. Dass das liegen geblieben ist, wurde aus dem Bericht ersichtlich. Ich hoffe, dass man diesen Verpflichtungen trotzdem wieder nachkommen wird.

Es gibt mir kein gutes Gefühl, dass wir mit dieser Zahl wirklich richtigliegen. Was man in

dieser Aufstellung des neuen Stellenplans auch nicht sieht ist, dass 10 % der Finanzverwaltung für die Verlustscheinverwaltung übergeben werden. Wir haben viele Verlustscheine, die zu verjähren drohen. Das wäre dann wirklich eine Katastrophe. Die Finanzverwaltung eignet sich in meinen Augen für diese Aufgabe besser als die Sozialabteilung. Dies zu übergeben, ist der richtige Schritt, wird aber auf der Sozialabteilungsseite nicht kompensiert.

Für die Leitung haben wir eine vollamtliche Leitungsperson, die im Gegensatz des Vorgängers, Stefan Liem, nicht operativ tätig ist. Wir haben drei Bereichsleiter, bei denen man je 20 % Führungsaufgaben für die Führung von vier, sechs oder neun Mitarbeitenden, also eine relativ kleine Mitarbeiteranzahl, einrechnet. In Tat und Wahrheit sind es aber ungefähr 50 %. Wir leisten uns also mit der heutigen Organisation einen massiven Overhead. Ich möchte dringendst darauf pochen, dass wir auch dieses Modell hinterfragen.

Es wurde bereits erwähnt, dass wir viele Teilzeitbeschäftigte haben. Vor acht Jahren habe ich gelernt, dass es offenbar keinen Sozialarbeiter gibt, der 100 % arbeitet. Offenbar hält man das nicht aus und braucht ein reduziertes Arbeitspensum. Wir haben allerdings in dieser Abteilung acht Mitarbeitende, die 60 % oder weniger arbeiten. Ich erhoffe mir, dass wir die neuen Stellen mit Mitarbeitenden besetzen können, die bereit sind, mindestens 80 % zu arbeiten, weil das massiv effizienter ist.

Die Budgetierung entstand auf Basis des Peaks, den wir im Jahre 2016 hatten. Sie sehen das in der farbigen Grafik auf Seite 6 im Bericht. Im 2017 ist diese Fallzahl jeden Monat tiefer und liegt irgendwo zwischen 2015 und 2016. Der Gemeinderat hat für den Peak budgetiert und die Fiko ist der Meinung, wir möchten auf der Basis des aktuellen Jahres budgetieren. Wir möchten, dass diese Fallzahlen jeden Monat nachgetragen werden, so dass man reagieren kann, wenn sie wieder steigen sollten. Deshalb macht die Fiko den Vorschlag, die 100 % bis Ende 2019 zu befristen und erwartet im April einen Bericht, so dass auf das Budget entschieden werden kann, was Sache ist. Diese Befristung hat auch mit unserer Meinung zu tun, dass wir jetzt wirklich tief im Schlamm sitzen und es deshalb temporär mehr Mitarbeitende benötigt, um die Führungs- und Organisationsprozesse jetzt voranzutreiben. Zwei Jahre müssten jedoch genug sein, um dann wieder in einen normalen Modus zu gelangen.

Aus diesen Gründen möchte ich dringend bitten, dem Fiko-Antrag zu folgen und diese 395 % Stellenprozente ordentlich sowie die zusätzlichen 100 % befristet bis Ende 2018 zu bewilligen, so dass wir, wenn wir tatsächlich wissen, wie sich die Fallzahlen entwickeln, beim nächsten Budget nochmals darüber befinden können.

**Wolf Thomas:** Ich habe eine Verständnisfrage. Zum Traktandenbericht auf Seite 17, 4.2.4.: Bei der Fallzahl von ca. 400 ergibt das einen Betrag von Fr. 600'000.00 an Aufwandsminderung pro Jahr. Meine Frage an den Gemeinderat: Wie möchte er das machen? Mir ist schleierhaft, wie man Fr. 600'000.00 einsparen kann. Will er den Leuten weniger bezahlen?

Und dann möchte ich mich noch bei François Chapuis bedanken. Meiner Meinung nach hast du das sehr gut ausgeführt. Ich spüre, dass hier auch von deiner Seite aus grosse Bedenken bestehen. Ganz ehrlich kann ich dem nur zustimmen, wenn ich weiss, wie und wann das Ganze abgebaut werden soll. Wenn ich im Geschäft eine Stellenerhöhung will, es handelt sich zwar um die Privatwirtschaft, muss ich genau erklären, wieso ich das brauche, wie ich es abbauen werde, wie die Gewinnsteigerung aussieht usw. Das ist für mich hier einfach zu wenig ersichtlich und deshalb werde ich es so grundsätzlich ablehnen. Es wäre aber schön, wenn ich vom Gemeinderat noch eine Antwort erhalten würde.

**Meier Obertüfer Jürg:** Ich bin über dasselbe gestolpert wie Thomas Wolf. Vermutlich habe ich eine Antwort auf seine Frage. Mich nimmt aber doch noch wunder, ob es zur Aussage, die in Aussicht stellt, dass es finanziell aufgehen könnte, Vergleichszahlen aus anderen Gemeinden gibt oder ob man gewillt und in der Lage sein wird, das zu monitoren, um am Schluss belegen zu können, dass sich das Ganze so gerechnet hat, wie es vorgeschlagen wurde. Sollte sich herausstellen, dass diese ganze Übung ein Nullsummenspiel ist, müssen wir uns an der Nase nehmen, dass es so lange gedauert hat, bis aktiv eingegriffen wurde.

**Pauli Christian:** Ich möchte wegen diesen temporären 100 % Stellenprozent noch kurz einen kleinen Vergleich ziehen. Ich vergleiche jetzt die Sozialabteilung mit meiner Spenglerei. Wenn ich einen Spengler suche, muss ich beinahe den Spagat machen und wenn ich einen guten Spengler suche, sogar noch mehr. Erkläre ich diesem Interessenten, dass die Stelle nur für zwei Jahre gedacht ist; meint ihr, der träte eine Stelle bei mir an? Ich bitte euch schon, hier mal kurz nachzudenken. Wir wollen aufräumen und Geld sparen und brauchen diese Stellen.

**Wassmer Christian:** Antwort an Christian Pauli von der FDP: Wir haben immer Fluktuation in dieser Abteilung. Wir hatten sie auch bevor die grossen Probleme auftauchten. Wir haben ungefähr 30 Mitarbeitende und da werden wir immer Fluktuation haben. Es wäre wirklich das dünnste, jetzt einen befristeten Vertrag auf zwei Jahre auszustellen. Wir können aber davon ausgehen, dass die eine oder andere Person in den nächsten zwei Jahren, aus welchem Grund auch immer, kündigt. Es ist nicht die Meinung der Finanzkommission, jetzt befristete Verträge auszustellen. Wir haben ein Kündigungsrecht, jeder Vertrag hat eine Kündigungsfrist und sollten die Zahlen in den Keller sinken, müssen wir, wie an anderen Orten auch, Massnahmen ergreifen. Leider können wir aber von dem nicht ausgehen.

**Scherer Kleiner Leo:** Ich möchte noch kurz etwas zum Stichwort Führung und Führungsverantwortung anfügen. Wer hat den Schlamassel angerichtet, wer war alles dabei? Hauptverantwortung tragen wir 50 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Wir legen fest, ob es Geld bzw. Stellenprozent gibt oder nicht. Eine grosse Verantwortung tragen sicher auch die sieben Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die bei Anliegen in Sachen Stellenaufstockung aus dem Ressort Anträge beim Gemeinderat einreichen oder nicht. Das ist für uns eine Blackbox. Wir wissen nicht, was im Gemeinderat läuft. Das steht unter Amtsgeheimnis. Dann folgen die Professionellen in der Sozialabteilung, also die dortigen Leitungspersonen, welche sicher auch eine wichtige Verantwortung innehaben. Wir müssen uns schon im Klaren sein, dass es das Kollektiv dieser drei Instanzen (Einwohnerrat, Gemeinderat und professionelle Verwaltung) in den letzten vier, fünf Jahren offenbar nicht fertig gebracht hat, auf sich abzeichnende, enorme Veränderungen zu reagieren, um eine solche Krisenlage zu verhindern.

Andererseits muss ich schon auch erwähnen, dass es mich ungemein freut. Ich glaube, ich habe in all den 25 oder 26 Jahren in diesem Saal noch nie erlebt, dass man so offen über Stellenerhöhungen spricht. Dass es sogar als Sparmassnahme angepriesen wird, habe ich so noch nie erlebt. Ich hoffe sehr, dass man entweder die 495 % unbefristet, wie es der Gemeinderat will, oder nach Finanzkommission 395 % unbefristet und 100 % vorerst auf zwei Jahre befristet, bewilligt. Die Befristung zielt nicht in erster Linie auf die Mitarbeitenden. Sie ist vor allem an den Gemeinderat gerichtet, damit er uns rechtzeitig und früh im Jahre 2019 einen Bericht unterbreiten muss, aufgrund dessen wir entscheiden können, ob die 100 % in eine unbefristete Stelle umgewandelt werden oder unnötig geworden sind. Das können wir jetzt noch gar nicht wissen und deshalb ist es für mich plus/minus gleichwertig.

In diesem Sinne: ich freue mich extrem, dass wir endlich konstruktiv miteinander diskutieren können.

**Egloff Martin, Gemeinderat:** Auf der Tribüne sehe ich viele bekannte Gesichter aus der Landstrasse 89 und freue mich über ihre Anwesenheit. Es unterstreicht die Wichtigkeit dieses Geschäfts. Nicht nur für die Gemeinde Wettingen, sondern auch für Direktbeteiligte und das seid Ihr. Vielen Dank.

Wir erhielten in der letzten Einwohnerratssitzung den Auftrag, eine Lösung zu präsentieren. Und wir haben jetzt hier eine Teillösung. Es geht ums Personal und um Stellen. Aufgrund der Studie der Firma Social Design AG haben wir in enger Zusammenarbeit mit eben dieser spezialisierten Firma und aufgrund der Fallzahlen die zusätzlich erforderlichen Stellen ermittelt. Die Zahlen sind aus dem Antrag ersichtlich. Total handelt es sich um 495 % zusätzliche Stellen. Das Einsparungspotenzial ist ebenfalls abgebildet. In den kommenden drei bis fünf Jahren - man muss die Stellen ja erstmal einführen, die Leute dazu finden und sie einarbeiten - können diese Personalkosten aufgefangen werden.

Ich gehe auf die zwei von mir eruierten Fragen ein: Die eine stammt von Thomas Wolf und betrifft die Fr. 600'000.00 Einsparungen. Wenn man unsere Fallzahlen nimmt bzw. den Preis pro Fall, sind es rund Fr. 21'000.00 und das ist relativ hoch. Wenn man es schafft, diesen Betrag um 10 bis 15 % zu senken, kann man diese Fr. 600'000.00 erreichen und das ist absolut im Bereich der Möglichkeiten. Hier geht es vor allem auch um die Fallführung und nicht die Fallverwaltung. Es geht darum, die Leute wieder in den ersten Arbeitsmarkt zurückführen zu können, damit sie uns weniger kosten. Es geht nicht um Personalkosten, die wir einsparen können, sondern um Ausgaben, die wir einsparen können. Es geht darum, bei laufenden Fällen Verwandtenunterstützung einzufordern, bei der Platzierung von Kindern und Jugendlichen Elternbeiträge zu beantragen und dazu braucht man Personal und Zeit.

Die zweite Frage, bei welcher es ums Mobiliar geht, stammt von Sandro Sozzi. Das hängt mit dem Umzug der Zivilschutzorganisation ins Feuerwehrgebäude zusammen. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen und insofern können wir noch nicht beurteilen, ob von dort noch Mobiliar verwendet werden kann. Wir sind vernünftig genug, brauchbare Möbel nicht wegzwerfen, sondern einzusetzen. Im Moment möchten wir diesen Betrag stehen lassen, damit wir die Möglichkeit haben, den Angestellten einen anständigen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen.

Das Motto von LOVA 2 ist unter Anderem „nicht mehr rudern, sondern Segel setzen“. Mit unserem Antrag möchten wir Segel erhalten, um genau das zu tun. Ich kann euch versichern; es ist ein Hauptsegel, es ist kein Spinnaker, mit dem man schön gemütlich vor dem Wind her segeln kann. Wir müssen immer noch hart am Wind segeln, mit der Belegschaft, die wir haben und der künftigen, die kommen wird. Der Gemeinderat möchte am vorgeschlagenen Beschluss festhalten. Auch, um mit temporär und fest Angestellten nicht eine Zweiklassenangestelltensituation zu gründen. Mit Ausnahme von Punkt 2 halten wir an unserem Antrag fest. Da ist der Gemeinderat mit der Fiko einverstanden, im Bereich KESD die 0,73 Stellen dann zu beantragen, wenn sich die Fallentwicklung effektiv zeigt. Diese Statistik ist leider noch zu jung, um schlüssig darüber Auskunft zu geben.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

## Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst folgende Beschlüsse:

- 2.1. Der Stellenplan der Sozialen Dienste wird ab 1. Oktober 2017 um 4.95 Stellen erhöht (34 Ja- : 10 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung).
- 2.2. Anstelle einer zusätzlichen Erhöhung von 0,73 Stellen für 2019 zum jetzigen Zeitpunkt wird der Gemeinderat beauftragt, die Wirkung der Massnahmen zur Sanierung der Sozialen Dienste im Rahmen einer Evaluation zu prüfen und dem Einwohnerrat bis Ende April 2019 Bericht und Antrag zu unterbreiten.
- 2.3. Ab dem Jahr 2018 sind die Lohnkosten ordentlich im Voranschlag zu berücksichtigen (einstimmig).
- 2.4. Für das Jahr 2017 werden folgende Nachtragskredite bewilligt:
  - Fr. 80'000.00 (Konto 5790.3010.00; Personalaufwand bis Ende 2017) (43 Ja- : 1 Nein-Stimme)
  - Fr. 10'000.00 (Konto 0223.3113.00; IT-Arbeitsplätze) (43 Ja- : 1 Nein-Stimme)
  - Fr. 22'500.00 (Konto 5790.3110.00; Mobiliar) (34 Ja- : 7 Nein-Stimmen, bei 3 Enthaltungen)
- 2.5 Für das Jahr 2017 wird ein Nachtragskredit von Fr. 180'000.00 (Konto 1408.3130.01; Dienstleistung Dritter) bewilligt (43 Ja- : 1 Nein-Stimme).

### 3 ICT-Konzept 2018-2022 der Schule Wettingen (2017-0602)

**Koller Paul, Einwohnerratspräsident:** Wir haben hier ein Geschäft zur Kenntnisnahme auf dem Tisch. Im nachfolgenden Beschluss stimmen wir unter Punkt 1 über die Kenntnisnahme eines Berichtes ab. Ich persönlich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass man einen fünfseitig erarbeiteten Antrag mit einem 27-seitigen IT-Konzept erhält, ihn mehr oder weniger mit Aufwand liest und dann nicht zur Kenntnis nimmt. Vielleicht ist es ein etwas falsches Wort für dieses Vorgehen. Die Frage an uns lautet doch eigentlich, ob sich die Ersteller dieses Konzepts auf dem rechten Weg befinden und mit der politischen Akzeptanz des Einwohnerrats rechnen können. Aus meiner Sicht ist jetzt der Moment, dem Konzept den Segen zu erteilen oder eben auch nicht. Wir werden aber schlussendlich eine Abstimmung über "zur Kenntnisnahme" tätigen.

**Bürgler Philipp, Finanzkommission:** Der Lehrplan 21 wird in den Deutschschweizer Kantonen flächendeckend umgesetzt und so wird Informatik und Medienbildung fester Bestandteil aller Stufen der Volksschule und mit entsprechenden Lernzielen verbindlich vorgegeben. Dieser Bildungsauftrag und die bestehenden Empfehlungen der Fachhochschule Nordwestschweiz sowie die Erfahrungen aus anderen Kantonen, die bereits an der Umsetzung des Lehrplans 21 sind, bildeten die Grundlage des neuen Informatikkonzepts der Schule Wettingen. Das ICT-Konzept wurde von Lehrpersonen, Schulinformatik, Geschäftsleiter Schule, Schulpflege und Gemeinderat in enger Zusammenarbeit für Wettingen erstellt. Die Struktur des Konzepts wurde grösstenteils von der Schule Oftringen übernommen, die seit November 2016 damit fährt.

Für das ICT-Konzept stellt sich grundsätzlich die Frage, ob es als Verpflichtungs- oder Budgetkredit vorgelegt werden soll. Man wählte die Variante Budgetkredit, weil das eine jährlich neue Beurteilung der benötigten Geräte erlaubt und somit einen höheren Grad an Flexibilität bietet. Durch die hohe Standardisierung ist es möglich, die vielen Geräte in einer kostengünstigen IT-Infrastruktur bereit zu stellen. Der Lehrplan 21 und die Lernziele sollen zudem sicherstellen, dass die Schülerinnen und Schüler, aber auch die Lehrpersonen, mit diesen Geräten arbeiten müssen und sie nicht unbenutzt rumliegen. Durch Navigatoren wird zudem sichergestellt, dass auch Lehrpersonen eine Anlaufstelle haben,

falls es zum pädagogischen Nutzen dieser Geräte Fragen gibt.

Das Konzept sieht vor, dass jeweils 2 bis 2,5 Schüler ein Gerät zur Verfügung haben. In der Unterstufe werden nur Apple-Geräte verwendet und in der Oberstufe wird ausschliesslich mit Windows gearbeitet. Ein Schulzimmer wird immer mit einem Visualizer und einem Beamer oder einem Active Board ausgerüstet. Sämtliche Geräte werden natürlich erst dann ersetzt, wenn sie am Ende ihrer Lebensdauer angekommen sind und nicht einfach, wenn der Abschreibungszyklus abgelaufen ist. Im Konzept wird auch "Bring Your Own Device" geprüft. Die Möglichkeit, das eigene Gerät mitzubringen wird zum jetzigen Zeitpunkt bewusst nicht ermöglicht, weil es für die Schulinformatik extrem schwierig ist, den Arbeitsaufwand zum jetzigen Zeitpunkt abzuschätzen und man das evtl. nicht mit diesen zwei FTE's, die im Bericht enthalten sind, bewältigen könnte. Die Schule ist aber offen für ein Pilotprojekt mit einzelnen Klassen, aus dem sie Erfahrungen sammeln und in Zukunft evtl. auch das mit dem "Bring Your Own Device" in Angriff nehmen kann.

Zu den laufenden Kosten wird im Bericht nicht sehr viel erwähnt. Es ist aber so, dass hauptsächlich durch die 0,2 Stellen, die erwähnt sind, ungefähr Fr. 16'000.00 Mehrkosten entstehen würden. Auf der anderen Seite sind ca. Fr. 8'000.00 Kosten für externe Dienstleistungen, die dann wegfallen würden. Netto sind die laufenden Kosten also ohne Abschreibung ca. Fr. 8'000.00 höher. Man fragt sich, ob das sein kann. Man hat mehr Geräte, braucht mehr Lizenzen und Apps. Die Schule hat hier sehr gute Lieferantenverträge, die auf die Anzahl Lehrpersonen basieren und nicht auf die Anzahl der Geräte. So kann man es, zumindest im Softwareteil, kostengünstig aufstocken. Natürlich haben wir grosse Anschaffungsbeträge, die Sie alle dem Bericht entnehmen können. Die Abschreibungen werden natürlich entsprechend ansteigen – ab 2019 um die Fr. 80'000.00, ab 2020 Fr. 160'000.00, ab 2012 Fr. 56'000.00. Das geht bis ins Jahr 2023 und bis Fr. 360'000.00 zusätzliche Abschreibungskosten. Es kommt darauf an, wie es weitergeht und wie viel man jedes Jahr investieren muss.

Über die Installation von Hardware im Sinn von Netzwerk, als WLAN, LAN usw. gibt das Konzept keine Auskunft. Wir stimmen ja beim ganzen Konzept nicht über einen Betrag ab, sondern diese Beträge gelangen effektiv ins Budget und wir entscheiden im Rahmen des Budgets, was wir wirklich wollen.

Zu der Stellenerhöhung: Aufgrund der Mehrzahl der Geräte werden 0,2 FTE mehr im Budget enthalten sein. Man kann auf dieser Seite erwarten, dass die standardisierte Führung der IT-Infrastruktur mit zwei FT's, die man in der Schulinformatik hat, sauber weiterbetrieben werden kann und dass in den nächsten paar Jahren keine weiteren Stellenerhöhungen in diesem Bereich zu erwarten sind.

Das Konzept ist sauber ausgearbeitet und wurde aufgrund der Erfahrungen aus Wettingen und auch aus anderen Schulen erstellt. Es ermöglicht eine Grundlage zur Beschaffung der Geräte. Soweit die Fiko das beurteilen kann, ist sie pädagogisch sinnvoll, standardisiert und das Richtige für die Schule Wettingen. Der Lehrplan stellt zudem sicher, dass die Lehrpersonen die Geräte im Unterricht verwenden müssen, was im Endeffekt den Kindern zu Gute kommt.

Wie bereits erwähnt, handelt es sich bei diesem Geschäft um eine Kenntnisnahme des Konzepts. Der Einwohnerrat kann im Rahmen jeder Budgetprüfung Einfluss auf die Beschaffung und die Stellen nehmen und so bei Kostenausschreitungen eingreifen.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat mit 6 Ja-Stimmen bei 6 Anwesenden, das ICT-Konzept der Schule Wettingen zur Kenntnis zu nehmen und den Gemeinderat zu beauftragen, die Beschaffungskosten in die Investitionsrechnung 2018 – 2022 aufzunehmen.

**Chapuis François:** Es freut die CVP, dass mit diesem Antrag der Digitalisierung Rechnung getragen wird und wir uns frühzeitig auf die Informatik- und Medienausbildung vorbereiten und es ein fester Bestandteil der Volksschule wird. Ein grosser Schritt für unsere Bevölkerung und Gesellschaft. Die CVP erachtet es als richtig und wichtig, die besten Voraussetzungen für diesen Bildungsschwerpunkt zu schaffen. Wir begrüssen das professionelle Vorgehen, vor allem die Methode mit den 40 Pilotprojekten auf allen Schulstufen. Das ist eindrücklich. Und wenn wir jetzt noch von Städte wie Zürich besucht werden, um ihnen aufzuzeigen, wie es Wettingen macht, spricht das Bände. Ich gratuliere allen zuständigen Verantwortlichen, die hier mitgewirkt haben. Insbesondere den Lehrpersonen, dass sie sich wirklich mit dem Inhalt auseinandergesetzt haben und jetzt parat sind. Ich glaube unsere Schülerinnen und Schüler, die "Digital Natives", gehen problemlos damit um. Sie brauchen einfach noch die Instrumente dazu.

Der CVP ist es aber ebenso wichtig, dass sich alle Lehrpersonen auf die schöne, neue Welt einstellen können. Wir erwarten von den verantwortlichen Stellen wie Schulpflege, Schulleitung, etc. ein offenes Ohr und Unterstützung für diese "Digital Oldies", die mit dem Änderungsprozess evtl. doch Probleme haben werden. Begleitet diese im Änderungsprozess, nehmt ihnen die Angst und nehmt sie mit. Das Ziel sind immer noch unsere Kinder.

Die Fraktion CVP unterstützt die Absicht des Gemeinderats, die Beschaffungskosten in einem Investitionskredit bzw. einer Investitionsrechnung aufzunehmen. Das hilft, unsere Rechnung etwas zu ebnen. Deshalb nimmt die CVP das Konzept an und zur Kenntnis.

**Burger Alain:** Die Fraktion SP/WettiGrünen bedankt sich bei allen Beteiligten für das vorliegende Konzept. Speziell möchte ich mich bei den beiden Verfasserinnen und dem Verfasser für die Möglichkeit der persönlichen Gespräche bedanken, in denen ich doch einige meiner vielen Fragen klären konnte. Leider blieben aber auch einige Fragen offen.

Die Schule steht heute vor der Herausforderung mit, für einige trotz, digitalen Medien zu unterrichten. Für unsere Fraktion steht fest, das Digitale gehört in die Schule. Die Frage ist aber, wie es in die Schule kommt. Klar ist, mit der Anschaffung der Geräte alleine ist es nicht getan. Damit Lehrpersonen digitale Medien im Unterricht wirklich einsetzen und sinnvoll in den Unterricht einbetten, benötigt es ihren Willen, sich auf die Digitalisierung einzulassen und die Kompetenz, wie eine sinnvolle Einsetzung umgesetzt werden kann sowie die nötigen digitalen Werkzeuge zum richtigen Zeitpunkt. Daher habe ich noch folgende fünf Fragen zu diesem Konzept.

1. Wie gut sind die Lehrpersonen aktuell auf den Einsatz von ICT im Unterricht vorbereitet? Und welcher Aus- und Weiterbildungsaufwand wird an den Wettinger Schulen konkret nötig sein, damit alle und wirklich alle Lehrpersonen auf die sinnvolle Einsetzung der digitalen Medien im Unterricht fit gemacht werden können?
2. Genügen zwei Vollzeitstellen wirklich für den technischen Support von über 1'300 Geräte, verteilt auf 19 Standorte über ganz Wettingen? Wenn man gemäss Vorschlag der Imedias, das ist die Beratungsstelle der Fachhochschule, 20 Stunden pädagogischen und technischen Supports pro Arbeitsgerät und Jahr aufwendet?
3. Neben dem Erwerb von Anwendungskompetenzen und dem verantwortungsvollen Umgang mit Medien, geht es um "computational thinking". Im Lehrplan 21 wird das auch Informatik oder informatische Bildung genannt. Wo finde ich Angaben zu diesem Kompetenzbereich? Im ICT-Pass der Schule Baden fand ich jedenfalls nichts. Dieser fehlende Bereich von "computational thinking" - ihr seht, es handelt sich um einen Schlüsselbereich – wirft, zugegeben etwas überspitzt, folgende Frage auf:

4. Wenn es offensichtlich weitgehend um Klick-, Druck- und Wischkompetenz geht, könnten dann nicht einfach die Smartphones der älteren Schülerinnen und Schüler, die ja eh sehr geübt im Umgang mit diesen Geräten sind, zur Schulung dieser Medienkompetenzen eingesetzt werden? Oder etwas weniger überspitzt gefragt: Wie werden die Smartphones der älteren Schülerinnen und Schüler im Unterricht integriert? Aktuell sind sie auf den Pausenplätzen von Wettingen verboten.
5. Die Zeit läuft ja weiter. In naher Zukunft wird wohl jede Schülerin und jeder Schüler über ein persönliches Gerät verfügen. Dann müssen sich weder Lernende noch Lehrpersonen Gedanken darüber machen, ob gerade ein digitales Gerät im Pool vorhanden und verfügbar ist. In naher Zukunft wird der Einsatz alltäglich werden, auch in den Schulen. Wie genau ist diese Entwicklung in der Planung bzw. Umsetzung dieses ICT-Konzepts berücksichtigt?

Die Fraktion SP/WettiGrünen nimmt das Konzept gerne zur Kenntnis, erwartet aber Antworten auf die gestellten Fragen. Denn auch mit einem guten Medien- und ICT-Konzept werden die grossen und wichtigen Arbeiten erst beginnen und das gute Medien- und ICT-Konzept haben wir meiner persönlichen Meinung nach bisher noch nicht.

**Fischer-Lamprecht Lutz:** Wir von der Fraktion EVP/Forum 5430 danken herzlich für die ausführlichen Informationen zum Konzept und dem sorgsamem Umgang mit unseren beschränkten finanziellen Mitteln.

Mit der Abdeckung von 2 bis 2,5 Schülerinnen und Schüler pro Gerät ist aus unserer Sicht eine machbare Anzahl von Geräten vorgesehen, die zum einen der finanziellen Situation unserer Gemeinde, aber auch den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler gerecht wird. Eines ist klar: Die Digitalisierung der Berufswelt, aber auch der Umgang mit den sozialen Medien erfordert neue Kompetenzen, die in der Schule miteinbezogen werden müssen.

Wir von der Fraktion EVP/Forum 5430 sind der Meinung, mit diesem ICT-Konzept werden die notwendigen Grundlagen geschaffen und nehmen das Konzept wohlwollend und gerne zur Kenntnis.

**Gähler-Brunner Judith:** Die Fraktion FDP steht dem ICT-Konzept positiv gegenüber. Die Schule Wettingen übernimmt mit diesem Konzept eine innovative und führende Rolle und bereitet sich bereits heute auf den Lehrplan 21 vor. Das befürworten wir.

Wir stimmen mit diesem pädagogischen Konzept überein, weil wir überzeugt sind, dass es in Zukunft nicht wichtig ist, was man an Wissen hat, sondern wo und wie man sich Wissen abholen kann. Wir sind uns sicher alle einig, dass die digitalen Medien, namentlich das Internet, eine endlose Menge an Wissen bietet. Dieses Wissen richtig abrufen zu können und zu verwenden, wird in Zukunft eine immer grössere Rolle spielen. So kann man durchaus sagen, dass der Umgang mit den digitalen Medien zu einer Schlüsselkompetenz wird. Der Umgang mit der digitalen Welt in einem geschützten Umfeld lernen zu können, scheint uns sehr wichtig zu sein. Wir unterstützen das Konzept auch wegen seiner wirtschaftlichen Tauglichkeit, da wir überzeugt sind, dass die Schülerinnen und Schüler durch die Umsetzung des Konzepts optimal auf die Arbeitswelt vorbereitet werden. Als dritter, positiver Punkt kann man bei diesem Konzept durchaus auch von Standortförderung sprechen, da es unsere Schule attraktiver und zeitgemäss macht.

Die Fraktion FDP vertraut den Verfassern des Konzepts, dass die Zahlen, die zur Hard- und Software angegeben werden und die Preise für die nötigen Anschaffungen und Installationen korrekt sind, sodass die pädagogischen Ziele umgesetzt werden können.

**Merkli Michael:** Auch wir von der Fraktion BDP/Freie Wähler Wettingen bedanken uns für die Ausarbeitung des ICT-Konzepts. Wir dachten aber schon länger, dass in der IT-Welt in Wettingen etwas geschehen muss. Wie unserem Fraktionsbericht zu entnehmen ist, sind wir aber nicht ganz glücklich damit.

Wir schliessen uns dem Votum von Alain Burger an. Er spricht mir aus dem Herzen. Für mich sind noch weitere Fragen offen wie: Gibt es eine richtige, rollende Planung des ganzen Konzepts? Es dauert ja über fünf Jahre und wir wissen alle, dass eigentlich nach zwei Jahren wieder eine Wissensverdoppelung vorliegt und die Modernisierung der ganzen Geräte ansteht. Fünf Jahre sind also Welten. Es ist mit der Stein- gegenüber der Eisenzeit vergleichbar. Und ist geplant, dass es im Konzept irgendwann ein 1-zu-1 Gerät gibt? Und die Kosten? Diese werden ja, wenn sie über fünf Jahre gerechnet werden, laufend sinken. Das heisst, die Kosten der Geräte werden massiv und jedes Jahr sinken. Könnte man diese Kosteneinsparungen dazu verwenden, nicht das Budget zu sanieren, sondern generell den IT-Unterricht in den Wettinger Schule zu verbessern?

Wir nehmen den Bericht selbstverständlich zur Kenntnis.

**Huser Michaela:** Wir von der Fraktion SVP haben das Konzept mit grossem Interesse und sehr ausführlich studiert und diskutiert. Wir möchten uns herzlich für dieses Konzept bedanken. Ich kann mich meinen Vorredner und speziell Alain Burger und Michael Merkli nur anschliessen und möchte mich deshalb auch kurz fassen.

Es ist unbestritten, dass digitale Medien, Digitalisierung und Technologie omnipräsente Themen sind und wir uns damit auseinandersetzen müssen. Gerade jetzt, in der Zeit des Übergangs, stehen die Schulen und im Übrigen auch die Unternehmungen vor besonderen Herausforderungen und da stellen sich viele Fragen. Die Schnellebigkeit in diesem Thema macht es nicht einfacher. Wir bedauern, dass gewisse Fragen, die im Vorfeld bereits erwähnt wurden, nicht beantwortet wurden. Und auch bezüglich dem Vorgehen, haben wir gewisse Fragezeichen. Wieso konnte man diese Infoveranstaltung, die Ende September noch ansteht, nicht vor der Einwohnerratssitzung durchführen? So hätten wir unsere Fragen dort noch anbringen können.

Zusammengefasst kann man aber festhalten, dass uns dieses Konzept nur zur Kenntnisnahme vorliegt. Wir haben die Stimmfreigabe erteilt, da bei uns in der Fraktion eben noch viele Fragen offen sind.

**Scheier Ruth:** Nur ganz kurz, da bereits alles gesagt wurde und ich nicht verlängern will. Die Fraktion GLP nimmt diesen Bericht mit Freude zur Kenntnis.

**Benz Thomas:** Es sind viele berechnete Fragen offen. Zum Beispiel wie und wieso setzt man das Tablet ein? Denn mit dem Tablet alleine ist es nicht getan.

Ich möchte auf etwas hinweisen. Am 26. September 2017 findet bei Samsung ein Informationsnachmittag statt, um genau über diese Themen wie "Digital Signet" in den Schulen zu informieren. Es werden sehr viele Leute von anderen Schulen bzw. von anderen Gemeinden anwesend sein. Dieser Anlass findet bei uns, also dort, wo ich arbeite, statt und es werden genau solche Themen behandelt. Die Verantwortlichen, die interessiert sind, dürfen sich gerne per E-Mail bei mir melden. Der Anlass soll Fragen, die hier auftauchen, weitgehend beantworten.

**Rey Philippe, Gemeinderat:** Es geht um zwei Punkte. Erstens die Kenntnisnahme und zweitens dem Gemeinderat den Auftrag zu erteilen, es in den Finanzplan aufzunehmen. Ich wünschte mir, dass dieses ICT-Konzept auf meinem Mist gewachsen wäre, da ich stolz darauf bin. Es ist ein gutes Konzept. Hinter der Erschaffung des Konzepts stehen

ganze Teams und zwar nicht erst seit gestern, sondern eigentlich schon seit 1999. Die letzten zwei Jahre arbeiteten aber einige Leute intensiver daran, entwickelten 40 Pilotprojekte, überlegten, rechneten und konzipierten.

Dieses Projekt liegt nun aus Gründen der Transparenz vor. Wir könnten auch einfach anlässlich des Budgets 37 iPads beantragen und von Jahr zu Jahr vorangehen. Wir fanden aber, in dem wir ausführen, dass wir in den nächsten fünf Jahren ein Konzept besitzen, das hält was es verspricht, schaffen wir Transparenz. Es hält in Sachen Kosten, Anzahl Geräte sowie Kosten der Infrastruktur, was es verspricht.

Die Investitionskosten von Fr. 1,57 Mio. werden über fünf Jahre verteilt. Sie sind nicht on top aus irgendeinem Budget, sondern sind grösstenteils jetzt schon Teil des Budgets. Sie sind aber extra als ICT-Konzept-Budget ausgewiesen. Auch das haben wir getan, um die Transparenz zu schaffen.

Anlässlich der ausserordentlich spannenden Befragung durch die Fiko, stellte ich fest, dass einige Fragen nicht wirklich finanzieller, sondern pädagogischer, juristischer, methodischer, didaktischer und anderer Art sind. Wir versuchten, diese im Nachgang zu beantworten und auch die Fragen von Alain werden wir gerne klären. Für das haben wir heute die zwei entsprechenden Personen eingeladen. Sämi Kern als Geschäftsleiter Schule und Stefan Spiess von der Schulpflege. Sie werden auf die einzelne Fragen, sofern sie nicht die Finanzen betreffen, näher eingehen.

Ich empfehle erstens dringend die Kenntnisnahme und zweitens, zu einem späteren Zeitpunkt, die Budgetgenehmigung dieses Postens. Es ist etwas, das in die Zukunft weist, etwas Positives, quasi Fortschritt und ohne Fortschritt bleiben wir stehen. Deshalb empfehle ich jedem zu überlegen und denen, die es noch nicht getan haben, das Konzept zu lesen. Von den neun Fragen, die ich hier gehört habe, sind sieben davon im Konzept bereits beantwortet. Dieses Konzept ist wirklich gut und lesenswert. Nehmt es mit ins Wochenende und lest es nochmals durch.

Im Übrigen haben wir am 26. September 2017 eine Infoveranstaltung, die wir versuchen, mit der Info über die Schulraumplanung zu verbinden. Ich lade alle herzlich ein, sich zu informieren.

Ich übergebe das Wort dem Vertreter der Behörde Schulpflege, Stefan Spiess.

**Spiess Stefan, Schulpflege Vizepräsident:** Die Informatik wurde im Jahre 1999 in allen Oberstufenschulhäusern der Schule Wettingen eingeführt. Im Jahre 2001 wurde dann bereits ein erstes Konzept ausgearbeitet. Daraufhin hat man das Konzept im Jahr 2006 und 2011 überprüft und angepasst. Das ICT-Konzept, welches die Schulpflege und der Gemeinderat Ihnen nun gemeinsam zur Kenntnis vorlegen, ist also nur der logische nächste Schritt in der Geschichte der Informatik der Schule Wettingen. Da durch die Anpassungen des Konzepts die Ausgaben der Mittel leicht steigen, möchten wir Sie frühzeitig in Kenntnis setzen.

Das Konzept wurde von der Schulpflege, dem Gemeinderat und der Informatiksteuergruppe der Gemeinde geprüft und bewilligt. Alle sind überzeugt, mit diesem Konzept für die Herausforderungen der nächsten fünf Jahre gerüstet zu sein. Um einen besseren Einblick zu erhalten, wie unsere Schulinformatik vermitteln kann, geben wir Ihnen nächstens Gelegenheit, dies bei einem Besuch unseres modernsten Schulhauses im Zehntenhof in der Praxis miterleben zu können. Und jetzt darf ich das Wort dem Fachmann, unserem Geschäftsleiter Schule übergeben. Er gibt Ihnen noch ein paar Erläuterungen zum Projekt und beantwortet Ihre Fragen.

**Kern Sämi, Geschäftsleiter Schule:** Ich knüpfe bei meinem Vorredner an und gebe

Ihnen kurz einen Einblick in die bald zwanzig Jahren, in denen wir den Informatikunterricht an unserer Schule haben. Wie Sie bereits gehört haben, ist es mittlerweile das vierte Konzept und Sie werden sich folgende Fragen gestellt haben:

- Was hat sich in den Jahren verändert?
- Was ist die Aufgabe des Informatikkonzepts?
- Warum sollten Sie das ICT-Konzept zur Kenntnis nehmen?

Was hat sich verändert? Technisch hat sich sehr vieles getan. Die Informatik hat in der Zwischenzeit mehrerer Generationen von Geräten und noch mehr Generationen an Software hinter sich. Die Entwicklung wurde rasanter und nimmt in der Geschwindigkeit nicht ab. Umso wichtiger ist es, dass die Kinder und Jugendlichen nicht auf das Wissen fixiert sind und schon gar nicht auf Geräte, also auf Hard- oder Software, da diese veraltet sein werden, wenn sie die Schule verlassen. Inhaltlich hat sich auch einiges entwickelt. Wir reden heute nicht mehr von Informatikunterricht oder elektronischer Datenverarbeitung. Heute redet man vom Umgang mit elektronischen Medien und Mitteln, inkl. Social Media. Beginnt man im Kindergarten, ist das nicht Vermittlung der Anwendung der Geräte, sondern die Auseinandersetzung mit den Medien, die unseren Alltag, unser Berufs- und Privatleben beeinflussen.

Pädagogisch hat es sich auch weiterentwickelt. Den Informatikunterricht als solches gibt es nicht mehr. Es gibt auch nicht überall obligatorisch einen Computerraum. Das gibt es nur noch in der Oberstufe. Heute werden Informatikmittel im Unterricht und in allen Fächern integriert. Die Lehrpersonen sind angehalten, das im Unterricht einzusetzen und im selben Unterricht auch zu vermitteln.

Was hat sich nicht verändert? Die Verantwortlichkeiten haben sich nicht verändert. Auftrag und gesetzliche Rahmenbedingungen liegen in der Verantwortung des Kantons. Er gibt den Lehrplan vor und damit die Lernziele und in Zukunft auch die Kompetenzen. Er steuert die Aus- und Weiterbildung mit dem Ausbildungsprogramm an der PH und mit dem Weiterbildungsprogramm für alle Lehrpersonen im Rahmen des Lehrplans 21. Er gibt die zeitlichen Ressourcen vor, im Augenblick 0. Es ist noch kein Fach und keine einzige Lektion dazu gesprochen. Es ist ein genereller Auftrag, den unsere Lehrpersonen haben.

Die Schulpflege ist für die Umsetzung, Einhaltung und Qualitätssicherung zuständig und sorgt für die richtigen Instrumente sowie den technischen und pädagogischen Support. Wir nennen ihn den First Level Support. Das sind ausnahmslos Lehrpersonen, die das im Nebenamt tun. Das ist vielleicht auch gleich eine Antwort in Sachen Pensen. Der Gemeinderat ist weiterhin für die Infrastruktur und damit für die Ressourcen zuständig. Das beinhaltet personell diese 180 Stellenprozente Schulinformatik als Second Level Support und auf der technischen Seite den Schulserver im Rathaus, die Glasfaserkabel bis in die Schulhäuser, das LAN und zunehmend WLAN in den Schulhäusern, die entsprechenden Geräte in den Schulhäusern und die Budgets für Betrieb, Unterhalt und Ersatz.

Was ist die Aufgabe des Informatikkonzepts? Sie ergibt sich weitgehend aus dieser Verantwortlichkeit, wie wir sie gehört haben. Gleichzeitig ist aber festzustellen, dass die wachsende Komplexität und der Wunsch nach immer mehr Regelung das Konzept wachsen liessen. Das letzte Konzept, 2011 bis 2015, wies sieben Seiten auf, das vorliegende bereits 27 Seiten und wenn man den Anhang weglässt, sind es 16 Seiten. Die Einleitung, die Ausgangslage und die Leitlinien zeigen die aktuellen gesetzlichen Grundlagen auf. Sie ordnen damit auch ein, wo das Konzept etwa steht, nämlich in der Entwicklung des Lehrplans 21. Dieser ist vom Kanton noch nicht verabschiedet. Man muss anfügen, dass der Kanton Aargau noch nicht so weit ist, einen verbindlichen Lehrplan verabschiedet zu haben.

Das Teilkonzept Pädagogik fehlte im letzten Konzept gänzlich, ist hier nun wenigstens auf vier Seiten festgehalten, legt die Leitlinien klar und hält fest, in welchen Zyklen und Handlungsfeldern, wenigsten gesamtschweizerisch nach Lehrplan 21, Medien und Informatik unterrichtet werden sollen. Wir legen auch Minimalstandards fest. Hier orientieren wir uns am Orientierungsrahmen der Fachhochschule Nordwestschweiz, die es in den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt umsetzt. Und wir legen, neben dem technischen Support, den wir heute schon haben, auch den pädagogischen Support fest, nämlich die Navigatoren. Auch hier handelt es sich um Lehrpersonen, die das in einem Nebenamt erledigen und die meisten von ihnen bereits Erfahrung aus diesen 40 Pilotprojekten aufweisen.

Das Teilkonzept technische Infrastruktur, Betrieb, Unterhalt, Support sowie Verwaltung/Kommunikation ist das Herzstück dieses Konzepts. Eigentlich ist es eine technische Umsetzung in der Konzeption, beinhaltet auf diesen sieben Seiten genau diesen Handlungs- und Regelungsspielraum, die der Gemeinderat hat und den Grund, weshalb es heute Thema des Einwohnerrats ist.

Im Teilkonzept Aus- und Weiterbildung, welches im Vorgängerkonzept mit genau zwei Sätzen umschrieben ist, ist nun doch etwas ausführlicher abgehandelt, wie sich alle Tätigkeiten im Bereich der Schulinformatik weiterbilden. Wohlwissend, dass es sich hierbei ausnahmslos um Lehrpersonen handelt, die den Schulleitungen und letztendlich der Schulpflege unterstehen.

Ich gehe nun auf Fragen ein, die uns gestellt wurden und versuche sie, so gut wie möglich zu beantworten.

Wie sind die Lehrpersonen aus- und weitergebildet? Sie kommen heute mit einer umfassenden Ausbildung in Medien und Informatikkompetenz aus der PH. Sie haben alle mit Geräten gearbeitet, da sie heute kein Studium mehr ohne Einsatz von Medien und Informatik absolvieren können. Die, die bei uns im Hause sind, wurden zumindest dort, wo die ganze Infrastruktur vorhanden ist, mehrfach intern geschult und sind angehalten, sie zu nutzen. Wir haben einen Schulleiter, der sagt, wer das nicht nutzt, ist am falschen Ort. Das ist verständlich, wenn man für Fr. 24 Mio. ein neues Schulhaus mit der Ausrüstung erhält. Wir haben also auf der einen Seite einen gewissen Druck, den wir aufbauen und auf der anderen Seite haben wir zwei Arten von Support. Den technischen Support, gewährleistet durch die Informatikkoordinatoren, die an der Front jederzeit helfen und unterstützen, im Second Level unsere Informatikabteilung, bestehend aus diesen 180 Stellenprozenten und auf der anderen Seite den pädagogischen Support. Den haben wir im Rahmen dieser Pilotprojekte bereits aufgebaut. Er ist im Budget 2017 bereits enthalten und wird jetzt weiter ausgebaut, in dem wir Lehrpersonen, die in der Umsetzung von Informatikprojekten und im Nutzen von Medien- und Informatikmittel vertiefte Kenntnisse aufweisen, andere Lehrpersonen anleiten lassen. Wir gehen also sehr nahe an die Lehrpersonen heran, ziehen sie mit und stossen sie aber auch ein wenig in ihr Glück. Im Augenblick ist es aber umgekehrt. Die Lehrpersonen fragen, wann sie endlich loslassen können. Wann ist das WLAN installiert und wann erhalten wir unsere Geräte? Wir haben einen Sog und müssen im Augenblick nicht von hinten stossen.

Reichen die 200 Stellenprozente? 200 Stellenprozente umfasst die eigentliche Schulinformatikabteilung – heute 180, künftig 200 Stellenprozente. Daneben haben wir die Informatikkoordinatoren als Lehrpersonen und die Navigatoren. Je näher diese bei den Lehrpersonen sind, desto besser sind der Support und die Unterstützung. Es handelt sich um ein ganzes Netzwerk, das wir hier betreiben.

Die Frage der Kompetenzen: Es gibt bereits Lehrmittel "Medienbildung für Kinder". Es gibt mehrere Lehrmittelverlage, die sich darauf spezialisiert haben, hier noch Bücher zu

schaffen. Ich bin mir nicht sicher, ob das überleben wird. Wir haben den Orientierungsrahmen der Fachhochschule Nordwestschweiz. Was wir noch nicht haben, ist ein Aargauer Lehrplan 21, der es verbindlich vorschreibt. Wir orientieren uns an dem, was da ist. Wir können bereits damit unterrichten und wir sind überzeugt, dass auch der Kanton in Kürze so weit sein wird. Jetzt finden die ersten Aus- und Weiterbildungen für Schulleitende statt. Wo genau die Kompetenzorientierung und zwar eben nicht nur in der ICT und der Medienkompetenz, sondern in allen Fächern Fuss fassen sollen. Zuerst mal in der Schulleitung und anschliessend werden die Lehrpersonen hinzugenommen. Parallel dazu wird ein Lehrplan erarbeitet.

Bring Your Own Device oder die Frage, wieso wir es nicht zulassen, dass die Kinder ihre eigenen Geräte mitbringen. Wir haben das auf die Fragen der Fiko hin ausführlich abgehandelt. Es gibt viel mehr Probleme, wenn wir sie anweisen, alle ihre Geräte von zu Hause mitzubringen. Erstens haben wir als Schule kein Zugriffsrecht auf diese Geräte. Zweitens können wir nichts voraussetzen. Sie brächten dann einfach das, was sie zuhause haben und mit dem sollen wir dann arbeiten können. Wir haben keine einzige Software und kein einziges App darauf gesichert. Die Lehrperson müsste erst einmal dafür sorgen, dass alle ihr Gerät verstehen, die Batterie geladen ist, die Apps heruntergeladen sind und es eine gewisse Sicherheit hat. Der Aufwand, um einen solchen Floh-zirkus zu beaufsichtigen, ist viel grösser, als jedem ein standardisiertes Gerät zu geben. Zumal wir auf diesen Geräten ein Management haben, bei dem man nicht bei jedem einzelnen Gerät updaten und Apps herunterladen muss, sondern dass dies über ein System gemacht werden kann und alle Geräte beim Einschalten automatisch aktualisiert werden.

Zur nächsten Frage: Natürlich ist es wünschenswert, dass möglichst viele Kinder mit diesen Geräten arbeiten können. Wir haben deshalb die Doppelstrategie, allen Klassen einen Satz abzugeben und zusätzlich Boxen zu haben, die herausgegeben werden. Wenn man gut plant, kann man später jedem Kind ein Gerät zur Verfügung stellen. Pädagogische Rückmeldungen der Fachhochschule zeigen aber auf, dass die Kinder mehr lernen, wenn sie zu zweit an einem Gerät sitzen, sich gegenseitig unterstützen und von einander lernen können. Zudem haben wir mit diesem Management auch die Möglichkeit, dass eine Lehrperson ein Gerät sperren oder darauf einwirken kann. So kann gewährleistet werden, dass den Vorgaben der Lehrperson gefolgt wird.

Persönliches für alle Schülerinnen und Schüler: Bei der Beschaffung ab der fünften Klasse haben wir uns an der Stadt Zürich orientiert. Die Stadt Zürich will jedem Fünftklässler ein Gerät abgeben, welches er dann fünf Jahre lang pflegt und als sein eigenes einsetzt. Wir sind nicht ganz so mutig. Erstens wissen wir, dass das etwa die doppelten Kosten verursachen würde. Wir haben ab der fünften Klasse eine Abdeckung von 2,5 Schülerinnen und Schüler auf ein Gerät und zwei auf ein Gerät in der ersten bis vierten Klasse. Zudem hat es hier auch sehr viele rechtliche Konsequenzen. Man muss die Eltern in die Verantwortung nehmen, einen gewissen Schutz aufbauen bis hin zu Versicherungen und Lösungen, wenn die Geräte nicht mehr einsatzfähig wären. Wir glauben, wir haben es besser im Griff, wenn eine gewisse Anzahl Geräte im Einsatz ist und noch nicht jedem Kind ein eigenes Gerät ausgehändigt wird. Es ist etwas ganz anderes, wenn wir später in der Berufsschule oder in den weiterführenden Schulen so vorgehen. Dort kann man die Eltern verpflichten, ein solches Gerät anzuschaffen. Bei uns ist es immer noch unentgeltlich und wenn ein Gerät fehlt, müssen wir dieses wieder beschaffen.

Ich hoffe, ich habe die meisten Fragen beantwortet und möchte zum Schluss noch erläutern, wieso Sie dieses Konzept heute abnehmen sollten:

1. Die Schule Wettingen hat strategische Ziele. Eines davon ist der Informatik gewidmet. Umgesetzt werden sie im Schulprogramm 2015 bis 2019. Das ist eine weitsichtige

Entwicklungsplanung. Wir sind aber bereits schon in der Halbzeit. Wir erhalten sehr viel Anerkennung von den Fachleuten. Auf der Ebene der Schülerinnen und Schüler ist es eindeutig die Informatik, die begeistert. Das hat auch Auswirkungen auf die Lehrpersonen, die merken, wie viel sie im Unterricht gewinnen, wenn sie Informatikmittel einsetzen und das folglich auch tun.

2. Das vorliegende ICT-Konzept basiert auf dessen Vorgänger. Es ist mittlerweile das Vierte. Es schliesst die Entwicklung hin zum Lehrplan 21 bereits ein – im Aargau noch nicht verabschiedet, aber ganz klar auf der Schiene und mittlerweile auch nicht mehr bestritten, dass es kommen wird. Und wir haben während zwei Jahren in diesen Projekten an diesem Konzept gearbeitet und über ein Jahr die Praxis erprobt. Wir wissen heute, dass es funktioniert. Es ging uns in diesem Jahr kein einziges Gerät kaputt und der Support hat funktioniert.
3. Wir haben im Bildungsbereich wachsende Schülerzahlen, stagnierende Personalkosten und sogar abnehmende Sachkosten. Damit beweisen wir in der Schule eine hohe Effizienz beim Umsetzen. Zudem kommt uns entgegen, dass diese Geräte zusehends günstiger werden. Im vorliegenden ICT-Konzept sollen die Mittel also noch gezielter eingesetzt werden, die Schülerinnen und Schüler noch mehr damit arbeiten und so die Kompetenzen erlangen. Die Informatikkosten steigen zwar im Frankenbetrag pro Jahr leicht an. Gemessen an der Anzahl Geräte, es ist fast eine Verdoppelung der Geräte, und gemessen an der Anzahl Schüler, die daran arbeiten, sinken sie aber wesentlich.
4. Wir haben schon beinahe alles erhalten. Wir erhielten sehr viele Schulbauten, den Zehntenhof, die Dreifachturnhalle und den Kredit für die Schulraumplanung zugesprochen und durften das Schulhaus Margeläcker aufstocken. Jetzt fehlt eigentlich nur noch die zukunftsweisende Ausrüstung mit Medien und Informatikmittel.

Im Namen der 400 Mitarbeitenden, der 14 Schulleiterinnen und Schulleiter und wohl auch der 2'461 Schülerinnen und Schüler danke ich Ihnen, wenn Sie das Konzept zur Kenntnis nehmen und die Mittel dazu zur Verfügung stellen.

**Koller Paul, Einwohnerratspräsident:** An dieser Stelle möchte ich nochmals meinen Dank an Stefan Spiess und Sämi Kern aussprechen, dass sie sich heute Abend Zeit genommen haben, uns als Rat so umfassend zu informieren.

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

1. Vom ICT-Konzept 2018-2022 der Schule Wettingen wird Kenntnis genommen.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Beschaffungskosten in die Investitionsrechnung 2018 bis 2022 aufzunehmen.

#### 4 **Motion Fraktion EVP/Forum 5430 vom 23. Juni 2016 betreffend eine aktive Bodenpolitik der Gemeinde; Überweisung und gleichzeitige Abschreibung (2016-0535)**

**Reinert Marie Louise:** Dieser Antrag, den Landerwerbskredit zu erhöhen, damit der Gemeinderat in nützlicher Frist am Markt reagieren kann, entstand, als hier vom Gewerbe, über die Arbeitsplätze und deren Förderung diskutiert wurde. Wenn Land und Immobilien auf dem Markt sind, sind für einen Investor wirtschaftliche Überlegungen vordergründig. Und dieser hat sein Interesse dann nicht in erster Linie bei Gewerbebetrieben, sondern bei Wohnungen. Das heisst, wenn man alles dem Markt überlässt, nimmt es seinen Gang. Eine aktive Bodenpolitik würde der Gemeinde ermöglichen, im richtigen Moment Land für Gewerbe und Arbeitsplätze bereit zu haben und zu stellen. So kann aktiv Einfluss auf die künftige Entwicklung der Gemeinde genommen werden.

Ein anderer Grund: Land ist wie Gold. Es ist eine Reserve und macht die Wertsteigerung mit. Das waren die Hintergründe und ich freue mich auf die Antwort des Gemeinderats.

**Kuster Roland, Gemeindeammann:** Gerne begründe ich, wieso wir für die Entgegennahme, gleichzeitig aber auch für die Abschreibung sind. Ich glaube es ist logisch, klar und wurde in den letzten Jahren bewiesen, dass der Gemeinderat und die Einwohnergemeinde in Summe wirklich eine aktive Bodenpolitik betreiben. Und es ist letztendlich eine Jahrzehnte lange Tradition, dass sich die Gemeinde, wenn Opportunitäten aufgetreten sind, engagiert hat. Aber, und das ist auch wichtig, die Gemeinde ist nicht Preistreiber und will nicht aktiv in den Markt eingreifen, sondern nutzt die Opportunitäten. Das ist ein matchentscheidender Punkt. Die Motion lautet ja, dass man diese Fr. 1,5 Mio. quasi erhöhen müsste. Hier möchte ich kurz auf die Praxis des Gemeinderats hinweisen. Er konnte, und das ist noch nicht mal lange her, einen neuen Kredit bewilligen, einen alten abrechnen und einer ist noch am Laufen. Die Philosophie des Gemeinderats ist, laufend genügend Kredit und Polster auf diesem Landerwerbskredit zu haben. Wir haben damals ausgeführt, wozu wir ihn benötigen. Wir setzen ihn zum Teil für ganz einfache Strassenlandarrondierungen, für ganz einfache Landabtausche, aber selbstverständlich auch, und das ist eines der grundlegenden Themen, für den Kauf eines Grundstücks oder einer Liegenschaft ein, wenn die Opportunität am Markt besteht.

Wieso ist dieser Kredit immer auf Fr. 4 Mio. befristet? Fr. 4 Mio. gehören in die Kompetenz, die Sie im Einwohnerrat innehaben. Möchten wir mehr beantragen, müssten wir jedes Mal vors Volk. Das würde bedeuten, dass wir an Ihrer Kompetenz schrauben müssten. Es gibt Überlegungen, nicht zu letzt im Zusammenhang mit LOVA, an der Gemeindeordnung gewisse Anpassungen vorzunehmen. Das ist aber heute im Moment nicht opportun. Uns genügt der Kredit im Moment, um die gewünschten und notwendigen Käufe zu tätigen.

Nun noch eine Bemerkung. Es ist nicht so, dass wir irgendwo auf dem Markt Gewerbeland produzieren oder Landwirtschaftsland erwerben können. Landwirtschaftsland haben wir heute beispielsweise im Bereich Geisswies, aber auch in der oberen Geisswies. Dort sind wir mit dem bäuerlichen Bodengesetz so gebunden, dass ein Pächter letztendlich das Vorkaufsrecht hat, wenn Landwirtschaftsland zur Verfügung steht. Wir machen also das, was wir können, aber letztendlich sind uns vom Gesetzgeber die Hände gebunden.

Eines ist wichtig und ich kann es nicht genügend betonen. Eine aktive Bodenpolitik heisst eben auch, Möglichkeiten zu entwickeln und Grundeigentümer zu motivieren, ihre Entwicklungschancen wahrzunehmen. Zum Beispiel in der Innenentwicklung unserer Gemeinde die Entwicklungsplanungen und –beratungen anzubieten und zu versuchen, innerhalb der Gemeinde Gesamtkonzept zu haben. Diese Massnahme kostet Geld, da man alle Grundeigentümer oder mögliche Investoren an einen Tisch bringen muss. Jeder

hat verschiedene Vorstellungen davon, was auf seinem Grundstück geschehen müsste. Diese Aufwendungen können wir leider nicht über den Landerwerbskredit abrechnen. Hier haben wir im Planungskredit eine gewisse Steigerung der Mittel über das Budget bei Ihnen beantragt, damit man genau diese Entwicklungsplanung vorantreiben kann. Wir sind mit dem Landerwerbskredit Nummer 30, den Sie kürzlich genehmigt haben, durchaus in der Lage, aktive Bodenpolitik zu betreiben. Das müssen wir auch. Kürzlich haben wir an der Lindenstrasse 2 eine Liegenschaft gekauft, bei der man tatsächlich eine Arrondierung unseres eigenen Landes tätigen konnte. In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, diese Motion entgegenzunehmen, aber gleichzeitig auch abzuschreiben, da wir hier bereits intensiv dran arbeiten.

**Reinert Marie Louise:** Vielen Dank, dass man das zur Kenntnis nimmt. Noch drei Punkte.

1. Die Begründung lautet: „So wie wir es bis anhin gemacht haben, werden wir es weiter tun“. Das nehme ich zur Kenntnis.
2. Strassenabrundung haben wir nicht gemeint.
3. Dass man mit runden Tischen und in Gesprächen mit den Eigentümern Entwicklungsimpulse gibt, finden wir sehr sinnvoll. Danke!

**Koller Peter, Einwohnerratspräsident:** Somit können wir dieses Geschäft abschliessen.

## 5 **Motion Merkli Michael, FWW, vom 18. Mai 2017 betreffend "Mehr Schule dank Schulpflege"; Rückzug (2017-0589)**

**Merkli Michael:** Markus Maibach, darf ich zuerst den Grund der Ablehnung wissen? Dann könnte ich anschliessend entscheiden, ob ich die Motion zurückziehe.

**Maibach Markus, Gemeinderat:** Wir haben diese Motion als Antrag an den Gemeinderat vor dem Budget verstanden – eigentlich ein Commitment. Sonst hätten wir jetzt gar nicht darauf eintreten müssen und warten können, bis die Abstimmung durch ist. Wir halten uns aber hier an den Wortlaut. Es ist eine Motion und daher ein Eventualantrag. Die erste Problematik ist, wie geht man überhaupt in einer laufenden Budgetierung mit einem solchen Eventualantrag um. Bilden einer Rückstellung ist nicht möglich, da wir noch keine Fakten haben, dass es so ist. Provisorisch Budgetieren geht auch nicht. Das Einzige, was finanztechnisch möglich wäre, ist, nach der Abstimmung mit einem Nachtragskredit zu kommen. Und zwar mit einem Nachtragskredit für ein „Kässeli“, welches nicht wirklich einen Inhalt hat.

Wir haben aber auch inhaltliche Argumente. Wir hätten es als Postulat entgegennehmen und es etwas offener gestalten können. Inhaltlich ist es aus unserer Sicht nicht opportun, freie Kassen ohne Zweck zu bilden. Aus unserer Sicht ist es rein finanzpolitisch ein Unsinn. Zweitens gibt es aus unserer Sicht keine innere Logik, wenn die Einsparungen wieder dort ausgegeben werden, wo sie eigentlich eingespart sind. In diesem Sinne würden wir ja am Schluss jeder LOVA-Massnahme darüber diskutieren, ob man nicht diese Einsparungen an einem ähnlichen Ort wieder ausgeben könnte. So hätten wir nichts gespart und unseren finanzpolitischen Spielraum massiv eingeschränkt.

Das sind die materiellen Argumente für die Ablehnung. Das Ganze könnte man viel einfacher angehen, in dem der Motionär diese Motion tatsächlich zurückzieht und bei der

Budgetdebatte einen entsprechenden, vielleicht konkreteren Antrag stellt. Wir beantragen die Ablehnung.

**Merkli Michael:** Ich ziehe die Motion zurück.

**6 Postulat Fraktion EVP/Forum 5430 und Michel Roland, CVP, vom 23. Juni 2016 betreffend Prüfung der Einführung von Begegnungszonen in Wohnquartieren; Rückzug (2016-0537)**

**Fischer-Lamprecht Lutz:** Die Idee des Vorstosses war, die Strassen wirtschaftlicher zu nutzen. Was meine ich damit? Zur Erklärung ein Beispiel aus der Abfallwirtschaft. Wenn es um ein Kehrmaschine geht, ist die Auslastung immer ein wichtiges Thema. Aus wirtschaftlicher Sicht ist es günstiger, ein Fahrzeug regelmässig, am besten jeden Werktag, statt nur ein, zwei Mal in der Woche zu nutzen. Aus unserer Sicht sollte das auch für Strassen gelten. Es ist nicht sinnvoll, dass auf einer Strasse, auf der pro Stunde vielleicht ein, zwei Autos fahren, alles auf den Vortritt dieser Fahrzeuge ausgerichtet ist. Das ist letztendlich unwirtschaftlich. Neben der geringen Geschwindigkeit, die vor allem die Sicherheit der Kinder markant erhöht, ist es eben auch ein wirtschaftlicher Vorteil, die Strasse für möglichst viele Aktivitäten freizumachen, anstatt sie einseitig auf den Verkehr auszurichten, der nur selten davon Gebrauch macht.

Mit der 30er Zone in den Wohnquartieren ist bereits sehr viel erreicht und für die Anwohnerinnen und Anwohner hat die Reduktion der Geschwindigkeit sowie die Verlagerung des Verkehrs auf die Durchgangsstrasse ein Plus an Lebensqualität und Sicherheit gebracht. Von daher ist die Gemeinde mit dem kommunalen Gesamtplanverkehr auf einem guten Weg. Uns war es aber gleichwohl wichtig anzustossen, bei bestimmten kleinen Strassen noch etwas weiter zu denken. Wir sind auf die Begründung der Ablehnung des Gemeinderats gespannt.

**Ernst Kirsten, Gemeinderätin:** Mit dem Beschluss vom 6. Mai 2010 hat der Einwohnerrat ein erstes umfassendes Massnahmenpaket zur Verkehrsberuhigung des siedlungsorientierten Gemeindegebietes verabschiedet und entsprechende Geldmittel zur Verfügung gestellt. Die Gebiete wurden damals auf die Optimierung und Ergänzung von Verkehrsberuhigenden Massnahmen geprüft. Anhand von Verkehrserhebungen hat man Gebiete und Realisierungsprioritäten definiert. 2013 erfolgte die Verabschiedung der zweiten Etappe, der Zonenerweiterung 30. Nach einer umfassenden Planung hat man 2014 die Tempo 30-Massnahmen umgesetzt und für 15 Wohngebiete entsprechende Zonen eingerichtet. Aufgrund von Nachkontrollen wurden im Frühling 2016 auf drei Strassenzügen mit immer noch zu hohen Geschwindigkeiten weitere Massnahmen eingeführt. Parallel dazu wurde die gesamte Verkehrsplanung überarbeitet und im kommunalen Gesamtplan Verkehr KGV zusammengefasst. Der Einwohnerrat hat den KGV im Herbst 2016 zur Kenntnis genommen. Beim KGV geht man jetzt von einer Planbeständigkeit von ca. 15 Jahren aus. Im aktuellen Jahr, am 16. März 2017, hat der Einwohnerrat die Kreditabrechnung genehmigt, so dass dieses Projekt abgeschlossen werden konnte. Mit dem vorliegenden KGV liegt uns jetzt ein behördenverbindliches Planungsinstrument vor. In der Grundlagenplanung des KGV wurden auch zwei Gebiete als Begegnungszonen vorgemerkt, welche zum gegebenen Zeitpunkt und ausserhalb des zur Verfügung gestellten Kredits, umgesetzt werden können. Es handelt sich um Gebiete um den Bahnhofplatz sowie die Klosterhalbinsel.

Strassen müssen nach Möglichkeiten vielen Anspruchshaltungen von Nutzern und Anstössern gerecht werden. Letztendlich sind es jedoch Infrastrukturanlagen, die die Erschliessung und somit die Erreichbarkeit der verschiedenen Gebiete und Grundstücke

sicher zu stellen haben. Mit dem jetzt vorliegenden Konzept im KGV, das jetzt einzelne Tempo 30-Zonen sowie dem übergeordneten Tempo 50-System, ist sichergestellt, dass in den Quartieren vorwiegend nur noch Zielverkehr stattfindet. Eine weitergehende Strukturierung, mit einer im Postulat gewünschten Einführung von zusätzlichen Begegnungszonen und dem damit verbundenen Tempo 20-System, erachtet der Gemeinderat zum heutigen Zeitpunkt nicht als zielführend. Die Bevölkerung soll sich auf ein Konzept, welches vor nicht allzu langer Zeit vom Einwohnerrat verabschiedet wurde, verlassen können und es darf erwartet werden, dass dieses politisch abgestützte System nicht unmittelbar nach der Einführung wieder geändert wird. Dementsprechend empfiehlt der Gemeinderat dieses Postulat zur Ablehnung.

**Fischer Lamprecht Lutz:** Ich habe den KGV extra nochmals gelesen. Er ist ja nicht statisch, sondern soll periodisch im Rahmen des Controllings überprüft und unter der Wahrung der Planbeständigkeit wenn nötig an veränderte Bedürfnisse angepasst werden können. Wir verstehen, dass der Planungshorizont etwas grösser ist. Nehmt bitte das Postulat in diesem Sinne als Anregung und bezieht es das nächste Mal mit ein.

Wir ziehen das Postulat zurück.

## **7 Postulat Reinert Marie Louise, EVP, vom 20. Oktober 2016 betreffend Aufwertung von Strassenbild und Quartier; Rückzug (2016-0806)**

**Reinert Marie Louise:** Es ging in diesem Postulat um eine ganz bestimmte Stelle, also auch wieder um Quartiere. Mir sagte jemand, dass es schön wäre, wenn diese Strasse wieder etwas weniger Parkplätze hätte, dafür über einen Platz verfügte.

Man geht nach Wettingen. Man ist in Wettingen – was heisst das eigentlich? Einen öffentlichen, einen freien Raum – darum herum hat es Häuser. Meistens ist der öffentliche Raum eine Strasse. Es hat Gärten oder Kirschlorbeerhecken. Man flaniert, vielleicht kann man sich hinsetzen. Es ist heiss oder kalt, es hat Schatten oder nicht. Die Mauern sind versprüht oder sauber. Es gibt Lärm oder Geräusche. Man kann mit Leuten sprechen oder nicht. Die Lebensqualität des Standorts Wettingen ist auch, und das sehr stark, die Strassen in Quartieren.

Der Vorstoss wollte eine Idee aus dem Quartier weitergeben, damit dieses Quartier eine bessere Aufenthaltsqualität entfalten kann und der Alltag lebendiger, sozialer und geselliger sein könnte. Das ist der Hintergrund dieses Vorstosses.

**Ernst Kirsten, Gemeinderätin:** Das vorliegende Postulat orientiert sich genau an der Vorgehensweise des Gemeinderates, was die Systematik von Strassenbauvorhaben und somit Strassensanierungen betrifft. Deshalb ist der Gemeinderat auch erfreut, dass das Postulat Grundzüge stützt, wie die Instandhaltung unserer Infrastrukturanlagen umgesetzt wird. Aufgrund von knappen finanziellen und personellen Ressourcen in der Einwohnergemeinde Wettingen ist es momentan leider nicht möglich, neue Strassenbauprojekte mit dem Fokus „Quartieraufwertung“ in die Werkleitungskoordination aufzunehmen. Sollte sich aber im Zusammenhang mit einer Werkleitungskoordination Handlungsbedarf sämtlicher Werke, inkl. Kanalisation eine Gesamtsanierung eines im Postulat erwähnten Strassenabschnitts aufdrängen, werden standardgemäss Überlegungen betreffend eine neue Gestaltung auf Basis des Freiraumkonzeptes durchgeführt. Das Augenmerk liegt zusätzlich entsprechend auf dem Langsamverkehr mit dem Fokus, mehr Lebensqualität und Verkehrssicherheit in den Wohnquartieren zu haben.

Neben den Grundlagen des Freiraumkonzepts werden auch weitere Rahmenbedingungen überprüft. So zum Beispiel das zur Verfügung stellen von öffentlichen Parkplätzen. Diese werden in die Planung miteinbezogen und entsprechend nur auf Notwendigkeit hin ausgeführt. Öffentliche Parkplätze sind einerseits für die Quartierbewohner gedacht. Andererseits ist auch das umliegende Gewerbe auf Parkplätze angewiesen.

Zurzeit sind weder die im Postulat aufgeführte Grenzstrasse, noch die Mattenstrasse für ein neues, koordiniertes Strassenbauprojekt oder für eine umfassende Sanierung mit Gestaltungsmöglichkeiten vorgesehen. Es ist jedoch nicht sachgerecht, dass Gestaltungsmassnahmen für Strassenzüge formuliert und fixiert werden, die jetzt noch in keiner Art und Weise thematisiert sind und in weiter Ferne liegen.

Aus diesem Grund empfiehlt der Gemeinderat, dieses Postulat betreffend die Aufwertung des Strassenbildes und Quartiers abzulehnen.

**Reiner Marie Louise:** Vielen Dank für die schönen Ausführungen. Ich nehme daraus wahr, dass wir uns einig sind und der Gemeinderat und die Verwaltung dasselbe wollen. Es steht auch hier drin "im Rahmen anstehender Strassensanierungen". Ich verstehe deshalb nicht ganz, wieso man es ablehnt. Wenn eine Leitung kaputt gehen würde, muss etwas geflickt werden und die Zeiten ändern ja immer wieder. Ich hätte mir gewünscht, dass man diese Idee für ein anderes Jahr aufbewahrt statt sie abzulehnen, aber es ist ja bei euch auch in 100 Jahren noch aktuell und deshalb kann ich das Postulat zurückziehen.

#### **8 Postulat Reinert Marie Louise, EVP, vom 16. März 2017 betreffend Plaza da musica – Ein Ort für Musik; Rückzug (2017-0158)**

**Reinert Marie Louise:** Der Vorstoss "Plaza da musica" liegt mir am Herzen und ich finde es ein schönes Postulat. Ich habe mich mit sehr viel Menschen unterhalten, bevor ich den Mut aufbrachte, es vorzulegen. Drei wichtige Gründe:

1. Die Musikschule soll sichtbar sein. Ein Ort der Begegnung, ansprechend, vielleicht die Ludothek am selben Ort, vielleicht die Volkshochschule, vielleicht das Figurentheater mit dem Platz davor und mit Bänken zum Verweilen. Der jetzige Standort ist versteckt, ungastlich, in einem Wohnquartier, man muss die Fenster geschlossen halten, findet den Eingang beinahe nicht und die Räume sind zu klein. Marketing heisst doch zu zeigen, was man hat und bieten kann.
2. Die Landstrasse soll gemäss der neuen Nutzungsplanung aufgewertet werden. Zu einer belebten Zentrumszone gehören öffentliche Angebote. Das habe ich von vielen Fachleuten und in Kursen gelernt. Das Leben kommt mit dem Interesse der Bevölkerung an den Dienstleistungen, die angeboten werden. Die Musikschule könnte mit ergänzten Angeboten zu einem solchen Ort der Anziehung und Begegnung werden, an dem viele Leute auf und ab gehen, die Wege sich kreuzen. Das würde die Frequenz für die Läden an der Landstrasse erhöhen.
3. Im Zusammenhang mit LOVA 2, in der die Musikschule als dringliches Massnahmenfeld aufgeführt ist, sind grundsätzlichen Überlegungen am Platz. Planen braucht Zeit. Deshalb wäre es schön, an die Zukunft zu denken.

**Rey Philippe, Gemeinderat:** Die Gitarre hat sechs Saiten und ich bringe sechs Gründe, wieso man diese schöne Idee ablehnen soll. EADGHE heissen diese Sechs.

E wie Erkenntnis: Die Schulraumplanung ist abgeschlossen. Sie wird in den nächsten Tagen gedruckt und dem Gemeinderat, der Schulpflege sowie dem Einwohnerrat vorgestellt. In der Schulraumplanung haben wir festgestellt, dass es in den nächsten paar Jahren keinen zusätzlichen Raum braucht, zumal wir ja insbesondere im Zehntenhofschulhaus schöne Musikzimmer eingerichtet haben, die diesen Zweck bestens erfüllen.

A wie Angebotserweiterung: Auch das haben wir überprüft. Für eine Angebotserweiterung ist es nicht zwingend, dass wir jetzt ein neues Gebäude aufstellen und schon gar nicht an einem Ort, an dem es laut und akustisch problematisch sein könnte.

D: Das ist nicht einfach. Der Zentrumsplatz ist ein sehr kompakter und wichtiger Ort und die Musikschule hat nicht zur Aufgabe, diesen Ort zu beleben.

G wie Geld: Wie wir wissen, hat Wettingen kein überschüssiges Geld und wir müssten viele Millionen in die Hand nehmen, wenn wir ein neues Gebäude erstellen möchten, um eine Musikhausidee zu realisieren.

H wie Hoheit: Ende Jahr lösen wir die Musikschulkommission auf und die Musikschule geht in die Obhut der Schulpflege über. Die Schulpflege erachtet sich als nicht zuständig um eine Gebäude zu planen, aufzustellen und zu betreiben, in welchem noch ein Café, Generationenfragen und Weiteres enthalten sein soll. Das überfordert den Kompetenzbereich der Schulpflege und überfordert ganz sicher auch die Musikschule selber.

E wie Eigenwirtschaftsbetrieb: Die Musikschule ist ein Eigenwirtschaftsbetrieb. Das soll in Zukunft auch so bleiben. Diesen Eigenwirtschaftsbetrieb kann man nicht noch mit zig Aufgaben zusätzlich belasten. Wir haben Freude an den bald 900 Musikschülerinnen und Musikschüler. Das für sich ist bereits eine sehr grosse Aufgabe. Mehr liegt nicht drin.

Der Gemeinderat empfiehlt deshalb, so schön die Idee auch wäre, das Postulat abzulehnen.

**Reinert Marie Louise:** Danke für die ausführliche Antwort. Das was ich wusste, war das vom Geld. Die anderen Sachen erscheinen mir sehr formalistisch. Der Weg von Träumen oder Visionen bis zur Realität ist lang. Er braucht Zeit und grosses Durchhaltevermögen. Wir haben das offenbar nicht und man kann ja einen solchen Gedanken in die Welt setzen und dann wieder an 100 Jahre glauben – dann mache ich das und danke für alle eure Bemühungen und die Auskunft.

Ich ziehe das Postulat zurück.

## 9 **Postulat Fraktion SP/WettiGrünen vom 16. März 2017 betreffend Kunststoffsammelstelle in Wettingen; Überweisung (2017-0337)**

**Scherer Leo:** Im Namen der Postulantin Lea Schmidmeister, wenn ich es richtig im Kopf habe, und der ganzen Fraktionsgemeinschaft möchte ich mitteilen, dass wir uns sehr freuen, dass der Gemeinderat diese Idee aufnimmt. Wir sind gespannt, was bis wann konkret daraus wird.

**Koller Paul, Einwohnerratspräsident:** Der Gemeinderat verzichtet auf eine Stellungnahme und somit ist das Traktandum erledigt.

**Koller Paul, Einwohnerratspräsident:** Somit sind wir am Schluss der heutigen Einwohnerratssitzung. Ich wünsche Ihnen eine gute Zeit und den nötigen Erfolg bei den kommenden Wahlen. Seien Sie dafür besorgt, dass es Ihnen Freude bereitet und es eben

nicht zu einem Kampf, zu einem Wahlkampf wird. Viel Erfolg!

Schluss der Sitzung: 22:30 Uhr

Wettingen, 7. September 2017

Für das Protokoll:

**Namens des Einwohnerrates**

Paul Koller

**Gemeindeschreiber**

Urs Blickenstorfer